

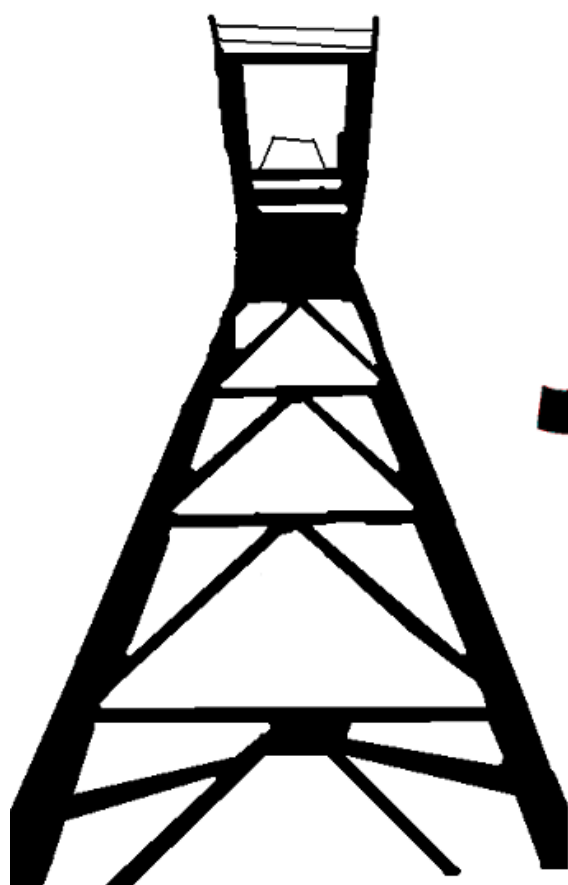
Bezirkskonferenz
Der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten
Im SPD Bezirk Braunschweig

5

Beschlussbuch

10

15



Jusos 
in der SPD
BeKo 2007
Goslar

20

Inhalt:

5

	Titel	Seite
A 1	Leitantrag 2007: Mehr ist nötig – Mehr ist möglich	3
F 1	Das Elterngeld ist nicht der Weisheit letzter Schluss	25
F 2	Familie anstatt Ehe unterstützen!	31
G 1	Gleichstellung ist mehr als die Vereinbarkeit von Familie und Beruf	32
M 1	Arm trotz Arbeit? Auf dem Weg zu einem gesetzlich festgeschriebenen branchenunabhängigen Mindestlohn“	34
O 1	Für einen Mitgliederentscheid zum Grundsatzprogramm!	38
O 2	Gründung einer neuen Arbeitsgemeinschaft: Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der SPD	39
S 1	gerecht, sozial und nachhaltig - Die Bürgerversicherung	41
S 2	NEIN zu dieser „Gesundheitsreform“ 2006	43
U 1	Resolution Umwelt und Energie	53
V 1	Die Bahn gehört uns!	57
W 1	50 Jahre sind mehr als genug– Wehrpflicht abschaffen	57

10

15

MEHR IST NÖTIG – MEHR IST MÖGLICH

5 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind unsere Maßstäbe einer besseren Gesellschaft. Dafür streben wir Leben und Arbeiten in Selbstbestimmung, persönliche Entfaltung und Entwicklung der individuelle Fähigkeiten auf der Basis ökonomischer Sicherheit ohne Ausbeutung, mit dem Ziel eines gemeinsamen Fortschritts der Gesellschaft an. Wir wollen die Freiheit von Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung. Dies kann nur sichergestellt sein, wenn die Menschen ohne Not und Angst vor Armut, Gewalt sowie Schutzlosigkeit leben und arbeiten können. Wir wollen
10 eine gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sozialer Stellung und ihren Vorlieben gleiche Möglichkeiten und die gleiche Teilhabe an Wohlstand und Macht haben. Dies ist nur in einer solidarischen Gesellschaft denkbar. Die Vision von dieser besseren Gesellschaft und der ständige Weg dorthin ist unsere Vorstellung des Demokratischen Sozialismus.

15 Der Demokratische Sozialismus ist unser Ziel, es ist unser Bestreben uns für einen stetigen Wandel zum besseren einzusetzen. Dafür kämpfen wir in der SPD und im Bündnis mit Gleichgesinnten als Teil der sozialen Bewegung. Es ist unser Anspruch als zukünftig bestimmende Generation der Sozialdemokratie, diese Vorstellung wieder zum Kern des politischen Denkens und Handelns der SPD zu machen.
20

Es ist und bleibt eine Grunderkenntnis sozialdemokratischer und sozialistischer Politik, dass die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, die Geschlechterfrage, die Verhältnisse oder die Zukunft der Umwelt keine „Probleme“, sondern gesellschaftliche Konflikte darstellen. In diesen Konflikten muss die SPD Partei ergreifen, um handlungsfähig zu werden und die Gesellschaft mitgestalten zu können.
25

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, gilt es, die aktuellen Macht- und Verhältnisse umzugestalten. Dafür suchen wir nach neuen Wegen der Wertschöpfung, Produktion, Arbeit, Verteilung, Entscheidungsfindung und Ressourcennutzung, jenseits der bestehenden Verhältnisse.
30

Positionen des liberalen Rechtsstaat waren zwar immer wichtige Themen der SPD, aber sie bilden nicht unseren Identitätskern. Eine Gesellschaft, wie wir sie uns vorstellen, ist ohne sie nicht denkbar, aber sie treffen nicht den Kern der Widersprüche, die die Menschen daran hindern, in einer gerechten und solidarischen Gesellschaft in Freiheit zu leben. Deswegen suchen wir nach den Ursachen der Widersprüche unserer Zeit und leisten unseren Beitrag zur Entwicklung neuer Ideen, um diese zu überwinden.
35

Auch WIR, die Jusos im Bezirk Braunschweig, wollen unser Teil dazu beitragen.

Wir wollen uns über die Politik unserer Region, im Land, im Bund und auf der Welt informieren
5 und darüber diskutieren, um uns unser eigenes Bild von den Verhältnissen auf der Welt zu
machen. Wir wollen unsere Erfahrungen untereinander und mit anderen austauschen und wir
wollen uns überall dort, wo es uns möglich ist, gemeinsam mit Gleichgesinnten für unsere
Interessen einsetzen. Dafür wollen wir mehr Mitstreiter in unserer Generation gewinnen. Wir
stehen für eine sozial gerechte Politik und wollen diese sowohl mit dem nötigen Ernst, als auch
10 mit reichlich Spaß vorantreiben.

Wachstum ohne Wohlstand

Die Finanzmärkte des globalen Kapitalismus nehmen in unvorstellbarer Schnelligkeit Raum
immer mehr Einfluss auf alle Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft. Der Systemgegensatz
15 ist entfallen, die gesellschaftlichen Gegensätze zwischen Arm und Reich, Industrieländern und
armen Ländern haben sich vergrößert. Der Siegeszug des globalen Kapitalismus verschärft
bestehende Verteilungskämpfe und Ausbeutungsprozesse.

Die große Koalition hatte gerade das erste Jahr ihrer Zusammenarbeit beendet, da kam der
20 Aufschwung. Die Umsätze steigen, die Daxwerte steigen, der Export wächst, die
Binnenkonjunktur bessert sich, die Steuereinnahmen sprudeln und auch die Arbeitslosenzahlen
sinken. Dominiert wird die Debatte um Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik über die Gründe und
Zurechenbarkeit dieser positiven Entwicklung. Es gibt für diesen Aufschwung keine eindeutige
Erklärung, aber alle Akteure reklamieren ihn als ihren Erfolg. Die Frage ist nur, reichen die oben
25 genannten Indikatoren, um von einer allgemeinen Verbesserung der Lage der Menschen in
Deutschland sprechen zu können. Um dies zu beurteilen muss man die konkreten
Auswirkungen auf die Menschen betrachten und die Entwicklung der Widersprüche unserer Zeit
bewerten. Wenn man dies ernsthaft tut bleibt festzustellen, der Aufschwung ist statistisch da
und die Anzeichen sprechen dafür, dass dieser auch noch einige Zeit anhalten wird, aber
30 dieses Wirtschaftswachstum geht für breite Massen der Menschen nicht mit einem höheren
Wohlstand einher. Der Aufschwung ist von den Menschen entkoppelt.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Die Herkunft bestimmt die
Chancen bei Bildung und Beruf. Der Einstieg in Ausbildung und Beruf wird immer schwerer.
35 Mehr als 2 Millionen Kinder leben an oder unter der Armutsgrenze. Die Altersarmut nimmt
wieder zu. Aufstiegsmöglichkeiten werden verbaut. Obwohl die Lebensführungskosten steigen
wird nur das Kapital steuerlich entlastet. Sozialleistungen werden abgebaut und
Eigenverantwortung gefordert. Die Zahl der Unternehmen in denen Mitbestimmung noch gelebt
wird nimmt weiter kontinuierlich ab. Der Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen nimmt weiter
40 zu. Im Jahr 2006 sind die Führungsgehälter Dax-Unternehmen um 20% gestiegen, während der

allgemeine Durchschnittslohngesunken ist. Es ist gut, dass die Löhne nach den diesjährigen Tarifabschlüssen in einigen Bereichen mal wieder merkbar steigen. Nicht nur bei dieser Gelegenheit waren die bekannten Beschwerden der Arbeitgeber zu hören, die sich über die angeblich viel zu hohen Arbeitskosten und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland aufregen. Dabei belaufen sich die Lohnstückkosten immer noch auf den Wert vom Jahr 2000, während sie in der EU-15 um 8,5% gestiegen sind.

Wir Jusos setzen uns für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein. Kündigungsschutz, Gesundheitsprävention oder Mitbestimmungsrechte sind kein Luxus, sondern elementar für eine demokratische und soziale Wirtschaftsordnung. Wir sehen es als unsere Pflicht, alle Angriffe der Arbeitgeberseite gegen die sozialen Rechte der Beschäftigten abzuwehren.

Die Beschäftigten erleben die Prekarisierung auf dem Arbeitsmarkt als stete Unsicherheit und Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes. Die deutlichste Unsicherheit spüren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nur einen befristeten Vertrag haben oder in Leiharbeit beschäftigt sind. Sie können ihr Leben nur in einem sehr begrenzten Zeitraum planen, müssen sich ständig an eine neue Umgebung gewöhnen, sich kurzfristig immer wieder in neue Sachverhalte einarbeiten und leben in der ständigen Ungewissheit, was die Beschäftigung im Anschluss betrifft. Diese Entwicklungen und die zunehmende Auslagerung von Arbeitsplätzen führen zu einer zunehmenden Spaltung der Belegschaften, so dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit derselben Ausbildung und im selben Betrieb unterschiedlich hohe Löhne und unterschiedliche Arbeitsbedingungen haben. Wir Jusos wollen eine menschenwürdige Arbeit, in der die Beschäftigten nicht dem reinen Marktdruck ausgesetzt sind.

Unser Ziel ist ein demokratisches Wirtschaften. Wirtschaftsdemokratie, die Teilhabe der Beschäftigten am ökonomischen Fortschritt, folgt keiner romantischen Vorstellung von Gerechtigkeit, sondern allein der Überzeugung, dass für eine fortschrittliche Veränderung von Gesellschaft der Ausbau von Demokratie und Emanzipation zwingend erforderlich ist. Um dies zu erreichen, brauchen wir mehr staatliches Handeln wie eine Rahmenplanung und Investitionslenkung im Bereich der Wirtschaftspolitik, eine demokratische Kontrolle unternehmerischer Macht und die Mitbestimmung aller Beschäftigten auf allen Ebenen.

Die Teilhabe der Beschäftigten am ökonomischen Fortschritt muss sichergestellt sein. Deshalb kämpfen wir Jusos für gerechte Löhne und die Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern am Produktivitätsfortschritt. Dazu brauchen wir eine Stärkung der Gewerkschaften. Und wir brauchen eine Stärkung des Verhandlungsmandats von Gewerkschaften und Betriebsräten auf europäischer Ebene.

Es wird Monat für Monat bei der Verkündung der neuen Arbeitsmarktzahlen und den Reaktionen darauf deutlich, dass es noch viele Anstrengungen bedarf, um unserem Bild von guter Arbeit näher zu kommen. Sicherlich gibt es eine Besserung der Arbeitslosenstatistik, dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, wie in zunehmenden Maße der Umfang von prekären und/oder niedrig entlohnten Beschäftigungsverhältnissen wächst. In diesem Niedriglohnsektor (NLS) sind über 35% der Werk­tätigen beschäftigt. Die Entstehung und fort­dauernde Ver­größerung ist nicht nur dem wachsenden Druck auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geschuldet, sondern auch politisch gewollt und gefördert. Durch die Einführung von Mini- und Midi-Jobs und anderer Kombilohnmodelle wurde der NLS verfestigt und zu einem bedeutenden Teil der Vollzeitbeschäftigung. Mit der Grundsicherung aus dem SGB II ist das Modell der sog. „Aufstocker“ entstanden, bei dem Beschäftigte mit einem Einkommen unterhalb der Leistungen des ALGII bei den Job Centern einen Zuschuss beantragen können. Dies ist eine Leistung, die eine große Bedeutung gewonnen hat. 2006 hatten ca. 3 Millionen Beschäftigte einen Anspruch auf Aufstockung aus ALG II. Dabei handelt es sich zum größten Teil um abhängige Beschäftigung. Die Hälfte der im NLS Beschäftigten haben eine Ausbildung oder ein Hochschulstudium abgeschlossen. Problematisch ist also auch das Fehlen von höher qualifizierten Arbeitsplätzen, so dass die Qualifizierten die Unqualifizierten verdrängen. Außerdem bietet er zunehmend weniger Aufstiegschancen. Nur ein Drittel schafft den Aufstieg in höhere Einkommensgruppen, 1990 waren es noch die Hälfte. Jobs im NLS werden schnell besetzt und auch Beschäftigungsverhältnisse unterhalb der Grundsicherung angenommen, so dass das Argument, man könne dadurch Anreize zur Annahme geringentlohnter Beschäftigung schaffen, schlicht falsch ist. Somit sind noch weitere Absenkungen der Transferleistungen und Sanktionen gegen Leistungsempfänger abzulehnen.

Wir Jusos lehnen diesen NLS ab, weil er den Menschen keine Existenzsicherung bieten kann. Wir wissen aber auch, dass er nicht einfach von heute auf morgen abgeschafft werden kann, es bedarf aber dringend einer Trendumkehr zur Verbesserung der Lage der vielen Menschen, die derzeit ihre Existenz mehr schlecht als recht in diesem Bereich sichern.

Mit den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag der Großen Koalition wurde die Einführung von Kombilöhnen für 2006 beschlossen, doch bisher gibt es nur verschiedene Modelle und Arbeitsgruppen. Die SPD-Spitze hat sich für den sogenannten „Bonus für Arbeit“ entschieden, dass im Bofinger-Modell ausformuliert wurde.

Aber mit der Einführung des Bofinger Modells werden nur wenig neue Arbeitsplätze entstehen und viele Geringverdiener und Aufstocker würden schlechter als aktuell gestellt werden. Außerdem wird mit diesem Modell nicht der Erhalt eines Einkommens gesichert, das eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Mit dem geforderten Mindestlohn von 4,50 Euro sind außerdem alle Ansätze von Gewerkschaften und SPD hinsichtlich der Forderungen eines existenzsichernden Mindestlohns hinfällig. Es zielt gerade darauf ab, die Abwärtsspirale

bei Löhnen zu beschleunigen, anstatt sie zu stoppen. Zwar fallen die Mini-Jobs weg, dafür tritt aber eine noch höhere Subventionierung an deren Stelle. Außerdem ist auch hier mit Verdrängungseffekten zu rechnen, neue Arbeitsplätze werden mehr im geförderten Bereich entstehen anstatt als reguläre Beschäftigung. Durch die Subventionierung werden auch darüber
5 liegende Lohngruppen unter Druck geraten. Es bringt einen großen Anreiz für Jobs mit 30 Wochenstunden mit 750 Euro Monatslohn, die Folge könnte sogar ein Minus an absoluten Beschäftigungen sein, wenn Mini-Jobs zusammengelegt werden, Stundenaufstockung von Teilzeitbeschäftigten, Stunden-/Lohnreduzierung bei Vollzeitbeschäftigten erfolgen. Durch die hohe Belastungen bei Einkommenszuwächsen oberhalb von 750 Euro (+ 1Euro Netto = 3-4
10 Euro Brutto) ist ein Aufstieg in höhere Lohngruppen kaum noch möglich.

Wir Jusos setzen dem ein eigenes Maßnahmenbündel entgegen.

Wir setzen uns für die sofortige Ausweitung des Entsendegesetzes ein. Wir fordern die
15 Einführung eines bundesweit einheitlichen und branchenunabhängigen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro. Der Mindestlohn soll nach Britischem Vorbild jährlich durch eine Kommission mit Tarifparteien und Wissenschaft erhöht werden. Sicherlich ist die Forderung nach einem Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro am unteren Rand der Mindestlöhne in vergleichbaren Staaten der EU und sicherlich sprechen wir uns auch nicht
20 gegen einen höheren Mindestlohn aus, allerdings gilt es zu aller erst überhaupt einen Mindestlohn einzuführen und deshalb positionieren wir uns gemeinsam mit den Gewerkschaften. Es gilt auch dafür zu werben, auf Europäischer Ebene eine Mindestlohnregelung einzuführen. Dabei plädieren wir für eine Korridorlösung, die sich am
25 Durchschnittslohn der jeweiligen Mitgliedsländer orientiert.

Wir wollen ein Freibetragsmodell in der Sozialversicherung. Dies sieht einen Sockelfreibetrag von 250 Euro in der Sozialversicherung für ArbeitnehmerInnen, entweder für einen Grundsockel oder als Förderung zur Schaffung von Teilzeitjobs für einen Korridor ab einem gewissen Einkommen, sowie die Einstellung von so genannten Kombilohnmodellen vor.
30

Das Freibetragsmodell setzt bei der Umstrukturierung der Sozialstaatsfinanzierung an und beabsichtigt die schon bestehende Mixfinanzierung zu systematisieren. Mit dem Freibetrag werden Verdrängungs- und Substitutionseffekte konsequent ausgeschlossen. Natürlich verhindert auch das Freibetragsmodell nicht den allgemeinen Druck auf die Löhne in
35 Deutschland, schafft aber eben keine neuen Anreize zur Lohnsenkung und Aufsplittung von bestehenden Arbeitsverhältnissen, da mit der Einführung des Freibetragsmodells Mini-Midi-Jobs abgeschafft werden. Somit ist auch der Aufstieg in höhere Lohngruppen nicht verbaut, sondern dem Kräfteverhältnis von Arbeitgeber und Gewerkschaften überlassen. Studien haben dem Freibetragsmodell erhebliche Beschäftigungseffekte bescheinigt. Des Weiteren würde es
40 zu einer besonderen Entlastung niedriger Einkommen führen, die durch die Entwicklung bei

Steuern und Sozialabgaben in den vergangenen Jahren besonders belastet worden sind. Insbesondere die Tatsache, dass alle Beschäftigten einen vollen Anspruch auf Sozialversicherungsleistungen erlangen, ist beachtenswert. Zur Finanzierung des Modells müssten die bisherigen Zuschüsse an die Sozialversicherungsträger überdacht und ausgebaut werden. Hierbei ist ein Modell zu entwickeln, dass die vorgenommene Entlastung der unteren Einkommen in der Sozialversicherung durch eine steuerliche Belastung nicht wieder aufhebt.

Zudem trägt das Freibetragsmodell der veränderten Einkommens- und Belastungsstruktur Rechnung. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ist im Zeitraum von 1992 bis 2004 von über 29 Millionen auf 26,7 Millionen gesunken. Dieser Rückgang ist unter anderem mit der Umwandlung regulärer Beschäftigung in geringfügige Arbeitsverhältnisse zu erklären. In Folge des demographischen Wandels wird die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse auch langfristig nicht zunehmen. Zudem sank der Reallohn von 1991 bis 2004 um 1,5 Prozent. Währenddessen nahm der Anteil anderer Einkommen insbesondere aus Vermögen am Volkseinkommen zu, so dass der Lohn im Verhältnis zu anderen Einkommensarten an Bedeutung verloren hat. Gleichzeitig sind sowohl die Steuer- und Beitragsbelastungen der kleineren Einkommen gestiegen, während sehr hohe Einkommen und andere Einkommensarten entlastet worden. Dadurch werden zunehmend weniger Menschen an der Finanzierung der Sozialversicherungen beteiligt. Da sowohl die Anzahl, als auch die Höhe der Einkommen in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen gesunken sind, stellt dies ein Einnahmenprobleme des beitragsfinanzierten Sozialversicherungssystems dar. Dem wirkt das Freibetragsmodell durch die Erweiterung der Finanzierungsbasis entgegen. Das Freibetragsmodell kann einen positiven Beitrag zur Verteilungsgerechtigkeit leisten.

Es gibt immer mehr gesellschaftlich notwendigen und sinnvolle Aufgaben, die nicht erfüllt werden, weil sie nach marktwirtschaftlichen Kriterien nicht rentabel sind. An dieser Stelle gilt es anzusetzen, wir wollen wieder in die Debatte um einen öffentlichen Beschäftigungssektor einsteigen. Dies gilt es bei der Umgestaltung des Sozialstaates mit einzubeziehen.

Wir Jusos kämpfen für einen starken Staat, der das Primat von Politik und Demokratie in allen Lebensbereichen sicherstellt. Konservative und liberale Kräfte wollen den Staat auf seine vermeintlichen Grundfunktionen zurückstutzen. Wir Sozialisten kämpfen für einen Staat, der mehr ist, als ein Sicherheitsapparat oder Nachtwächterstaat. Wir Jusos setzen uns für einen Staat ein, der dafür sorgt, dass der Einzelne sich in freier Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Verantwortung entfalten kann. Diese Vorstellung findet ihren Ausdruck in einem funktionstüchtigen und demokratischen Sozialstaat. Die Verteidigung die sozialstaatlichen Errungenschaften und die Erweiterung des Sozialstaats sind unsere Aufgabe. Doch die Ausgangslage für staatliches Handeln hat sich geändert. Wir brauchen eine neue soziale Übereinkunft, welche öffentliche Güter wie Bildung, Frieden, saubere Umwelt die

Gesellschaft in öffentlicher Verantwortung behalten will. Wir plädieren für eine leistungsfähige öffentliche Daseinsvorsorge. Die Stellschrauben des öffentlichen Lebens müssen in der Hand der Politik bleiben.

- 5 Der soziale Staat sichert die großen Lebensrisiken Alter, Krankheit, Pflege und Arbeitslosigkeit ab. Er fördert Bildung, Gesundheit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Damit der soziale Staat stark sein kann, muss er ausreichend finanziert werden. Wir bekennen uns zur Umverteilungsfunktion des Staates. Die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, insbesondere der zunehmenden Kapitalanhäufung, ist und bleibt unser Ziel. Die sozialen
- 10 Sicherungssysteme wollen wir nach dem Prinzip der solidarischen Bürgerversicherung umgestalten und sie stärker steuerlich finanzieren.

Diesem Anspruch kann die Große Koalition mit Gesundheits- und Unternehmenssteuerreform und den bisher beschlossenen Änderungen bei der Rente nicht gerecht werden. Bei der

15 Gesundheitsreform wurde immer deutlicher, dass es weniger um sinnvolle Reform der Gesundheitsfinanzierung ging, sondern um einen Kompromiss, der die Wege sowohl zur Kopfpauschale, als auch zur Bürgerversicherung offen hält. Sicherlich sind viele Strukturänderungen sinnvoll gewesen, aber auch sie bleiben hinter unseren Vorstellungen und den Wahlversprechen zurück.

20 Mit der Unternehmenssteuerreform werden die großen Unternehmen dauerhaft entlastet. Diese Unternehmenssteuerreform bedeutet milliardenschwere Steuerausfälle und fehlendes Geld für Investitionen in Bildung und Infrastruktur bei Bund und Ländern. Die Bürgerinnen und Bürger wurden in den vergangenen Jahren immer wieder neue Belastungen zugemutet und jetzt soll

25 damit die weitere Entlastung großer Unternehmen finanziert werde. Dies kann kein Weg für die SPD sein. Dies ist ein weitere Schritt zum Vertrauensverlust der SPD gegenüber ihren Wählern.

Bei der Umstrukturierung der Finanzierung des Sozialstaats müssten stattdessen folgende Fragen beantwortet werden:

- 30
- Welche Leistungen sollen über die Sozialversicherungen und welche aus dem allgemeinen Haushalt finanziert werden?
 - Woher kommen die zusätzlichen Steuermittel?
 - Wie können wir die Arbeitgeber, die teilweise aus der paritätischen Beitragsfinanzierung entlassen wurden sind und Vermögende, angemessen an der Steuerfinanzierung beteiligen?
- 35
- Des Weiteren gilt es zu klären, wie die erweiterte Finanzierung des Sozialstaates aus Steuermitteln langfristig gesichert werden kann?
 - In wie weit ist es realistisch, bestimmte Steuern auf der Europäischen Ebene in unserem Sinne zu Harmonisieren?

Einstieg in Ausbildung und Beruf

In den letzten Jahren haben befristete und prekäre Beschäftigungsverhältnisse exorbitant zugenommen. Das wollen wir nicht. Gute Arbeit muss gut bezahlt werden. Wer während seiner Ausbildung Praktika macht, darf nicht ausgebeutet werden.

- 5 Bei Praktika nach dem Studium handelt es sich oftmals um „verdeckte reguläre Beschäftigung“. Denn die Mehrheit der Praktika ist weniger ein Ausbildungs- als ein Arbeitsverhältnis!

Wir fordern: Ein Praktikumsverhältnis muss gesetzlich klar definiert werden. Ein Praktikum ist nicht Arbeitszeit, sondern Lernzeit! Klare gesetzliche Grenzen müssen die Ausbeutung von PraktikantInnen verhindern. Wir wollen keinen Missbrauch von qualifizierten Menschen als
10 billige Arbeitskräfte. Wir wollen dass jungen Menschen eine echte Chance auf gute Arbeitsplätze geboten wird und keine endlosen Warteschleifen. Deshalb fordern wir:

- einen Vergütungsanspruch bei illegitimer Beschäftigung als „Praktikant“, die durch abgrenzbare Kriterien festzustellen ist
- 15 - einen Vergütungsanspruch bei legitimer Beschäftigung als „Praktikant“ von über zwei Monaten in Höhe von wenigstens 400€ pro Monat
- Ein Praktikum darf nicht länger als drei Monate dauern
- Jedes Praktikum von Menschen in Ausbildung ist mit mind. 300 Euro/Monat zu vergüten (Ausnahmen für „Schnupperpraktika“, die weniger als einen Monat dauern können getroffen werden)
- 20 - Jedes Praktikum von AbsolventInnen einer Berufsausbildung oder eines Studiums ist mit mind. 600 Euro/Monat zu vergüten;
- Für jedes Praktikum wird ein Praktikumsvertrag abgeschlossen, in dem insbesondere Dauer, Vergütung, Arbeitszeit sowie Ausbildungsziele festgeschrieben werden;
- 25 - Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Arbeitszeit etc. richtet sich nach den Regelungen für die im gleichen Betrieb beschäftigten ArbeitnehmerInnen
- Die Einrichtung von Praktikumsstellen muss vom Betriebsrat bzw. Personalrat genehmigt werden
- Wir erwarten, dass die SPD, ihre Gliederungen, Fraktionen und Abgeordneten PraktikantInnen nur nach den oben genannten Regeln beschäftigen.

30

Die duale Berufsausbildung

Wir stehen zum dualen Ausbildungssystem, es hat sich bewert, steht aber auch vor einigen Problemen. Neben nötigen qualitativen Änderungen ist die Zahl der fehlenden Ausbildungsplätze das größte Problem. Der Ausbildungspakt greift nicht: Die Ziele sind wenig
35 ehrgeizig, der Pakt ist erfolglos und unverantwortlich. Der Ausbildungspakt ist gescheitert. Während seiner bisher dreijährigen Laufzeit ist es nie gelungen, allen Bewerberinnen und Bewerbern einen Ausbildungsplatz anzubieten. Diesen Pakt jetzt zu verlängern ist den jungen,

einen Ausbildungsplatz suchenden Menschen gegenüber unverantwortlich!

2006 haben die Paktpartner ihre Zusagen zwar weitgehend eingehalten und teilweise übererfüllt. Doch trotz Ausbildungspakt waren zum Jahresende 2006 noch 17.400
5 Ausbildungssuchende ohne Stelle. Vor allem Migrantinnen und Migranten haben kaum eine Chance, einen regulären Ausbildungsplatz zu erhalten. Das zeigt, dass die Ziele des Paktes bei weitem nicht ausreichend und größtenteils wirkungslos sind. Der Pakt ist zahnlos, er geht an den Anforderungen und der Realität auf dem Ausbildungsstellenmarkt vorbei. Die jetzt von der Wirtschaft zugesagte Verdoppelung bei den Ausbildungsplätzen wird daran nichts ändern, da
10 sie nicht über das Angebot im letzten Jahr hinausgeht.

Insbesondere die Einstiegsqualifikationen halten ihr Versprechen nicht. Der Bund hat im letzten Jahr 42.000 Praktika finanziell gefördert. Gut die Hälfte aller Jugendlichen, die eine Einstiegsqualifikation anfangen, wurde danach aber nicht in eine reguläre betriebliche
15 Ausbildung übernommen. Einstiegsqualifikationen sind größtenteils reine Warteschleifen. Statt solche Einstiegspraktika ohne Perspektive und Abschluss im großen Rahmen finanziell zu fördern, sollte der Bund seine Mittel dazu einsetzen, den jungen Menschen eine echte berufliche
Perspektive zu eröffnen.

20 Wir Jusos fordern eine Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen. Dazu bedarf es aber weit größerer Anstrengungen, als jetzt im Ausbildungspakt vereinbart. Auch im Sinne der Ausbildungsqualität ist ein solidarischer finanzieller Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben notwendig. Die Schaffung von Ausbildungsplätzen im dualen System ist zuallererst die Verantwortung der Wirtschaft. Deshalb halten wir an unserer Forderung nach
25 einer Ausbildungsumlage fest!

Aber dies alleine wird nicht reichen, derzeit sind 1,5 Million Jugendliche in einer Ausbildung des Dualen Systems und über 1 Millionen ausbildungssuchende Jugendliche kommen nicht herein. Sie befinden sich in vollschulischen Ausbildungen, für die oft auch gezahlt werden muss, oder
30 in Warteschleifen an den Berufsschulen und der Arbeitsagenturen. Wir Jusos treten neben der Ausweitung der Dualen Ausbildungsplätze dafür ein, den vollschulischen Bereich neu zu regeln und aus den Warteschleifen Möglichkeiten auf einen Kammerabschluss zu entwickeln.

Jugend Arbeitsschutz

35 Immer wieder gibt es neue Initiativen, Azubis zu rechtlosen Gesellen zu machen. Es gibt keine schlüssige Argumente, die eine Verschlechterung der bisherigen Regelungen rechtfertigen würden. Die gilt insbesondere für Arbeitszeitausweitungen, Schichtverlängerungen, Verkürzungen der Nachruhe sowie die Öffnung für Wochenendarbeit.
40 Statt über eine Verschlechterung des JArbSchG sollten wir besser über eine Ausweitung

desselben sprechen. Dazu gehören beispielsweise eine Heraufsetzung des Alters auf 21 sowie ein Abbau von Ausnahmeregelungen. Die Jusos stellen sich gegen jegliche Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzes. Schutzrechte junger Menschen sind kein vermeintliches Hindernis zur Schaffung von
5 zusätzlichen Ausbildungsplätzen, sondern die Gewährleistung von Sicherheit und Gesundheitsschutz für eine qualitativ anspruchsvolle Berufsausbildung!

Die Jusos stehen für einen effektiven und zeitgemäßen Jugendarbeitsschutz. Die geltenden Bestimmungen müssen daher verfestigt bzw. ausgebaut werden. Daher werden sie sich
10 jeglicher Verschlechterung vehement entgegen stellen und fordern die SPD auf, dem Beschluss des Parteivorstandes von September 2006 innerhalb der Bundesregierung Nachdruck zu verleihen.

Die Hälfte der Erde – Die Hälfte der Macht

15 Seit dem 19. Jahrhundert setzt sich die SPD für eine Gesellschaft ein, in der Männer und Frauen gleich, frei und solidarisch miteinander leben. Obwohl vieles erreicht wurde – wie beispielsweise das Frauenwahlrecht – sind Frauen in unterschiedlichen Bereichen weiterhin schlechter gestellt als Männer. Oft haben Frauen die gleichen Rechte wie Männer, sind aber,
20 was die Umsetzung dieser Rechte angeht, dennoch nicht gleichgestellt. Auf dem Arbeitsmarkt und in der Politik haben Frauen schlechtere Chancen als Männer. In den Familien sind es meistens Frauen, die sich um den Haushalt und die Kinder kümmern.

Frauen haben zudem meist bessere Schul- und Universitätsabschlüsse, trotzdem sind ihre Berufschancen und ihre Gehälter schlechter als die der Männer. Durch ihr niedrigeres Gehalt
25 sind Frauen in der Ehe stärker an ihren Ehemann gebunden; sie sind von ihm abhängig. Im Alter bekommen Frauen oft weniger Geld als Männer, so dass man tragischerweise feststellen kann, dass Armut „alt und weiblich“ ist. Doch nicht nur im Alter sind Frauen aufgrund ihres niedrigeren Einkommens schlechter dran als Männer, sondern auch in Fragen der Familiengründung. Es sind meistens Frauen, die – bedingt durch das traditionelle Rollenbild,
30 welches beinhaltet, dass sich Frauen und nicht Männer um die Kindererziehung kümmern – zu Hause bleiben, um Kinder zu erziehen. Doch nicht nur dieses Rollenbild beeinflusst die Entscheidung der Familien, sondern auch die Tatsache, dass der Familie oftmals mehr Geld zur Verfügung steht, wenn der Mann weiterhin arbeiten geht.

35 Um eine wirkliche Gleichstellung der Frauen zu ermöglichen, gilt es, die traditionellen Rollenbilder aufzubrechen. Dazu ist es einerseits notwendig, Frauen die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu gewähren, andererseits muss Nichterwerbsarbeit aufgewertet werden. Hausarbeit soll nicht mehr größtenteils von Frauen sondern möglichst paritätisch von Frauen und Männern geleistet werden. Das gilt auch für die Kindererziehung und die Pflege von
40 Angehörigen, um die sich weiterhin vor allem Frauen kümmern.

Des Weiteren gilt es, die Akzeptanz für verschiedene Lebenswege von Frauen zu stärken. Heutzutage werden Frauen je nach Lebensmodell entweder als „Hausfrau“, „Karrierefrau“, „Rabenmutter“ oder als „Superweib“ dargestellt. Auch Frauen, die sich dafür entscheiden,
5 alleine oder in einer gleichgeschlechtlichen Beziehung zu leben, werden oftmals nicht verstanden und nicht akzeptiert. Dies gilt es zu ändern. Jede Frau muss die Möglichkeit haben, ihren Lebensweg frei wählen zu können, ohne von der Gesellschaft dafür diskriminiert zu werden.

10 Doch nicht nur im Arbeitsalltag und im Familienleben müssen die immer noch patriarchalisch geprägten Strukturen aufgebrochen werden, auch in der Politik haben Frauen nicht die gleichen Chancen wie Männer. Oft werden sie ebenso wie in der Wirtschaft als Alibi-Frauen in Führungspositionen eingesetzt. Eine Kanzlerin an der Spitze des deutschen Staates bedeutet
15 die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden!

Grundsätzliches

Der Bremer Entwurf reduziert Gleichberechtigung von Frauen auf die Frage von Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gleichstellungspolitik wird somit Familienpolitik. Auch stellt der Bremer
20 Entwurf fest, dass Gleichstellung durch „Gender Mainstreaming“ erreicht werden soll, also durch einen Ansatz, der die Auswirkungen von Gesetzen auf Männer und Frauen analysiert und auf gleiche Auswirkungen abzielt. Dies alles greift jedoch viel zu kurz.

Feministisches Ziel – bei den Jusos ebenso wie im Grundsatzprogramm – muss jedoch eine
25 Umgestaltung der Gesellschaft und nicht die Integration von Frauen in eine Männerwelt sein. Dies erfordert eine radikale Umstrukturierung des bestehenden Sozialstaats. Diese muss damit anfangen, dass die Ehe nicht mehr steuerlich bevorzugt wird und es sich somit für Frauen eher lohnt, berufstätig zu bleiben anstatt ihrem meist mehr verdienenden Mann zu Hause die Pantoffeln anzuwärmen.

30 Unsere Gesellschaft ist nach wie vor patriarchalisch geprägt. Wo das Berliner Programm dies explizit herausarbeitet, stellt der Bremer Entwurf fest, dass eine starre Rollenfestlegung Frauen UND Männer benachteiligt. Diese Analyse ist falsch. Gerade in Politik und Wirtschaft werden die Bedürfnisse von Frauen oft nicht ernst genommen, sie werden nach wie vor
35 überdurchschnittlich oft Opfer von (häuslicher) Gewalt und ihre sexuelle Selbstbestimmung wird von Männern verletzt bis hin zum Massenfrauenhandel aus aller Welt für die Bestückung westeuropäischer Bordelle für westeuropäische Männer. Es sind immer noch hauptsächlich Männer, die entscheiden was in unserer Gesellschaft geschieht. – Frauen werden immer noch von vielen als schmückendes Beiwerk behandelt. Dies betrifft sogar die Bundeskanzlerin, bei

der minutiös alle Handküsse von Chirac bzw. Umarmungen von Sarkozy gezählt werden, um auf dieser Datengrundlage das Ergebnis der geheimen Gespräche zu ermitteln.

5 Der Bremer Entwurf stellt richtig fest, dass viele typische Frauenberufe im Vergleich zu Männerberufen oft unterdurchschnittlich bezahlt sind. Frauen, die in Männerberufen tätig sind, müssen oft mehr leisten, um die gleiche Bezahlung wie ihre männlichen Kollegen zu erhalten. Man muss dies aber als Ausdruck einer gesellschaftlichen Grundhaltung verstehen, die Frauen diskriminiert und nach wie vor als unfähig für verantwortungsvolle Aufgaben abstempelt. Durch diese immer noch vorhandene Rollenfestlegung werden die Frauen benachteiligt und zwar
10 ausschließlich die Frauen.

Sicherlich ist es richtig, dass die gesellschaftliche Missachtung von Personen, die sich nicht an Rollenbildern orientieren, sondern „unnormal“ sind, auch Männer treffen kann. Es wirkt allerdings komisch, wenn Männer, die zu großen Teilen ein antiquiertes Frauenbild haben, sich
15 über emanzipierte Frauen beschweren, die ihnen ihre „Männlichkeit“ absprechen. Erstens haben sie dieses Ideal selber konzipiert und zweitens ist das Absprechen von Männlichkeit auch gerechtfertigt, wenn das männliche Selbstbild sich darauf aufbaut, Frauen überlegen zu sein. Es wirkt krampfhaft, wenn Männer daran festhalten.

20 **Frauen in der SPD**

Auch in der eigenen Partei ist eine Gleichstellung längst nicht erreicht. Die in der Gesellschaft festgestellten Probleme existieren genauso in der Partei. Das mag banal klingen, ist aber noch nicht bei allen angekommen. Daran haben verschiedene Probleme ihren Anteil:

25 • **Strukturen**

Das typische Bild eines gelungenen Parteitages sind lange hitzige Debatten, in denen sich die Kontrahenten nach Art römischer Senatoren die Meinung sagen. Natürlich darf auch eine lange Ansprache des Vorsitzenden nicht fehlen, der mal richtig sagt, wo es lang geht. – Jemand spricht, der Rest hört zu. Je lauter, desto besser! Erst wenn der politische Gegner so richtig in
30 die Pfanne gehauen wird, kommt Parteitagstimmung auf.

Ist diese Art, Parteitage abzuhalten neutral oder erscheint, wenn man die Beschreibung liest, vor dem geistigen Auge ein älterer Mann, der politische Erfahrung mitbringt und gerne große Reden schwingt? (z.B. Modell Wehner) Kann es sein, dass diese Art zu gemeinsamen Positionen zu finden, Einzelakteure in den Vordergrund stellt, statt es darauf anzulegen, dass
35 jede Meinung gehört wird und Argumente nicht nur ausgetauscht, sondern auch ernst genommen werden? Zum Beispiel auch die von Frauen, jungen Menschen und Leuten, die nicht so gut deutsch sprechen? Mensch braucht nicht erst eine Statistik über die Redezeit von Frauen und Männern auf Parteitag zu erstellen, um herauszufinden, dass diese Art der Kommunikation hauptsächlich von Männern wahrgenommen wird.

40

Ein ähnliches Bild bietet sich bei Sitzungen: hier kommen einige Wenige oft zu Wort, weil sie zu allem etwas zu sagen haben, während eher zurückhaltende GenossInnen schlicht übergangen werden.

- 5 Wir wollen, dass jeder zu Wort kommt und dass jedem die Gelegenheit gegeben wird, sich zu äußern. Dazu gehört auch, dass ALLEN zugehört wird, auch wenn sie leise reden und keine Totschlagargumente vortragen.

• **Die „Qualifikation“ von KandidatInnen für Wahlämter**

- 10 Wann ist jemand für ein Amt qualifiziert? – Wenn er gut reden kann und Durchsetzungsvermögen hat! Er sollte auch mal auf den Tisch hauen können. Es braucht einen starken Mann. Eine Führungspersönlichkeit mit Autorität. Wer das nicht hat, lässt sich leicht über den Tisch ziehen.

- Es ist sicher Zufall, dass diese positiven politischen Eigenschaften allgemein eher Männern zugeschrieben werden. Oft hört man in diesem Zusammenhang (zum Beispiel vom
15 Generalsekretär der SPD): „Politik ist eben so. Wer nichts vertragen kann, hat hier nichts zu suchen.“ Das ist richtig. Politik ist so. Aber muss sie so sein? Soll sie so sein? Wollen wir, dass sie so ist?

- 20 Eine Glorifizierung des Machtwortes über Kompromisse ist nicht mit unseren Grundsätzen vereinbar. Jedes Mal, wenn etwas hart durchgesetzt wird, fallen abweichende Meinungen unter den Tisch – sie werden ignoriert. Dies ist nicht unser Bild vom politischen Miteinander.

- Ein weiteres Phänomen in unserer Partei ist, dass Frauen zweite Wahl zu sein scheinen. Heide
25 Simonis, die bislang einzige weibliche Ministerpräsidentin in Deutschland, hat es folgendermaßen ausgedrückt: „Als Frau kann man in der Politik nur etwas werden, wenn Männer aus der Kurve fliegen. Man muss nur in der richtigen Kurve stehen.“

- Dies kann nicht unser Anspruch an geschlechtergerechte Politik sein.

30

• **50 Prozent sind 40 Prozent – oder 25 Prozent.**

- Die Quote ist nach wie vor ein geeignetes Mittel, um Frauen wenigstens pro forma durch die Ämtervergabe zu integrieren. Kern der Quote ist aber nicht, den Frauen Posten zu sichern, sondern sicher zu stellen, dass in der Partei und in unserem Verband die Stimme der Frauen
35 gehört wird. Wie oben beschrieben, haben in dieser Gesellschaft Frauen andere Probleme als Männer. Auch wenn Frauen keine einheitliche Gruppe bilden, sind bestimmte Themen quer durch die Gruppe relevant. Wenn es also „Quotenfrauen“ gibt, dann hat dies den Sinn, Frauen an der Politik, die ihr Leben bestimmt, zu beteiligen. Doch es nützt alles nichts, wenn Mann danach nicht bereit ist, diesen Frauen eine echte Gelegenheit zur Äußerung zu geben, sie in die
40 Arbeit einzubinden und ihre Ideen zu hören. Wenn eine „Quotenfrau“ eine „Quotenfrau“ bleibt,

ist das vor allem die Schuld des Restvorstandes. – Dieser hat sich nicht oder nicht mit den richtigen Mitteln um eine Einbindung bemüht.

Es bleiben zwei Sachen zu bemerken:

- 5 1. Die Hälfte ist immer noch die Hälfte! Gleiche Beteiligung bedeutet NICHT 1 Frau plus 3 Männer (vgl. den designierten SPD-Parteivorstand).
- Es gibt auch Quotenmänner. Das läuft dann allerdings unter Regionalproporz oder wird in Klüngerunden ausgehandelt.

10

• Die ASF

Solange die Interessen von Frauen in unserer Partei unter den Teppich gekehrt werden und von neutralen Strukturen nicht die Rede sein kann, solange muss es Frauen erlaubt sein, sich in der Partei für ihre Belange gemeinsam zu organisieren. Dazu gehört auch eine finanziell
15 ausreichende Förderung – sonst bleibt alles Gerede über die „Frauenpartei“ SPD bloß heiße Luft.

Statt sich öffentlich darüber zu ärgern, dass die CDU der SPD das Frauenthema wegnimmt, sollten wir froh sein, dass manche Ideen zum Thema Gleichstellung auch schon rechts von der Mitte der Gesellschaft angekommen sind. Dennoch sind viele Probleme noch nicht gelöst.
20 Hieran müssen wir arbeiten. Nur wenn wir bei uns selbst echte Gleichstellung schaffen, können wir diese Idee auch auf die Gesellschaft übertragen. Die ASF ist dabei für die Jusos als Partnerin unverzichtbar.

Frauen bei den Jusos

25 Selbst bei den Jusos als feministischem Richtungsverband bleiben wir nicht von einer männlich geprägten Struktur verschont. Die Erfahrung zeigt, dass Männer sich häufiger vordrängen, wenn es um Posten geht, Frauen hingegen sich eher unterschätzen und durch ihr Zögern schnell hinter den Männern zurückbleiben.

30 Die Potenzialanalyse, die im letzten Jahr bei den Jusos durchgeführt wurde, beweist, dass Frauen nicht zu unterschätzen sind, denn das Ergebnis zeigt, dass die von Frauen geleiteten Juso-Unterbezirke im Schnitt besser arbeiten und insbesondere in der Bündnisarbeit vorn liegen.

Dennoch werden Frauen bei den Jusos zu großen Teilen noch immer nicht mit dem nötigen
35 Respekt behandelt. Sexistische Sprüche sind keine Seltenheit. Sexismus ist jedoch keinesfalls normal. Frauen wollen sich weder über ihre Unterwäsche unterhalten, noch wollen sie nur auf ihr Aussehen reduziert werden, sie wollen weder „Süße“ noch „Baby“ genannt werden. Sie verdienen es, ernst genommen zu werden, denn sie haben Respekt verdient.

Wir wollen, dass mehr Frauen zu den Jusos kommen, dass Frauen sich bei den Jusos wohlfühlen und dass sie bei den Jusos bleiben. Wenn nur Männer die Jusos überfüllen, fehlt uns ein wichtiger Anteil an Erfahrungen und Ansichten. Damit Frauen nicht durch respektloses Verhalten vertrieben werden, muss es auch für Frauen angenehmes Gesprächs- und Diskussionsklima herbeigeführt werden. Hierzu müssen alle Mitglieder möglichst früh über Sexismus, aber auch über die Frauenbewegung und den Hintergrund der Quotenregelung aufgeklärt werden.

Im Basic Seminar ist ein Themenblock zum Feminismus ein erster Schritt in diese Richtung. Auch auf dem Orga-Seminar sollen alternative Organisationsstrukturen betreffend der Gesprächsmethoden und der Sitzungsleitung vorgestellt werden, damit auch Frauen sich stärker bei den Jusos wiederfinden können.

Für alle Frauen im Bezirk soll es eine Ansprechpartnerin geben, an welche sich Frauen aber auch Männer wenden können, damit niemand allein mit einem „Männerproblem“ dasteht. Ein regelmäßiges Frauentreffen zum Erfahrungsaustausch oder auch zum Planen gemeinsamer Aktionen soll auf diesem Wege aufgebaut werden.

Jedes unserer Mitglieder ist nun aufgefordert, sein bisheriges Verhalten kritisch zu reflektieren, damit wir nicht nur Feminismus predigen sondern auch so handeln!

Europa

Unser Blick richtet sich nicht allein auf Deutschland. Wir wollen einen sozialen Staat in Europa. Europa darf keine Deregulierungsgemeinschaft bleiben, in der alle Aufmerksamkeit auf dem störungsfreien Funktionieren des Binnenmarktes liegt. Auf internationaler Ebene gilt es, die Rahmenbedingungen für einen sozialen globalen Ordnungsrahmen zu schaffen, der eine Wirtschaftskultur etabliert, die auf Nachhaltigkeit ausgerichtet ist. Aus diesem Grunde wollen wir eine soziale Regulierung der Finanzmärkte, um die Spekulationswut von Investoren einzudämmen. Die Europäische Union ist zum Inbegriff eines Gebildes des regionalen Friedens und des Wohlstands geworden.

Allerdings spielt sich in der EU zunehmend eine Globalisierung im Kleinen ab. Die einseitige Fokussierung der sukzessiv vorangetriebenen Erweiterung auf die Schaffung einer Wirtschaftsunion hat die Wettbewerbsbedingungen zwischen den Staaten der EU massiv verschärft. Sozial- und Steuerdumping in Europa wird zum Krisentreiber der Wohlfahrtsstaaten in den Mitgliedsländern. Diese Entwicklung droht Europa zu spalten. Wir brauchen deshalb eine zweite Phase der EU - wir brauchen neuen Treibstoff für das Europäische Projekt. Institutionelle Veränderungen sind nötig, um die EU zu demokratisieren, transparenter zu machen und die Gewalten klarer voneinander zu trennen. Die Linke muss auf europäischer Ebene Mehrheiten erringen, um die politische Steuerungsfähigkeit in Europa zurückzuerlangen.

Für die Erringung dieser Mehrheiten ist ein integrationsfähiges Projekt notwendig: Das Soziale Europa! Unser soziales Europa sichert den Zusammenhalt der Europäischen Union und verhindert die Spaltungen in den europäischen Gesellschaften. Unser soziales Europa ist kein vereinigter Sozialstaat, sondern es ist ein Projekt der Demokratisierung und der Schaffung sozialer Rahmenbedingungen für die Kreativität in den Mitgliedsländern. Dazu gehört ein neuer makroökonomischer Dialog, die Schaffung von Mindeststandards in Bereichen der Besteuerung, der Arbeits- und Sozialstandards, sowie die institutionelle Stärkung der europäischen Gewerkschaften. Unser soziales Europa basiert auf der Abwesenheit von Lohn-, Sozial- und Steuerdumping. Wir wollen ein Projekt der sozialen Zusammenkunft, nicht des Marktradikalismus und des Ausspielens der Staaten. Nur so wird das Projekt Europa auch im 21. Jahrhundert breite Unterstützung finden.

Es ist erstaunlich, dass die Rolle der EU beim Herunterbrechen des liberalen Marktprinzips nicht kritisiert wird. Findet die SPD hier ihren Frieden mit dem europäischen Liberalismus? Gefordert wird das gleichberechtigte Nebeneinander von Wettbewerb und Sozialstaat. Die sozialdemokratischen Grundwerte sind zwar im Wortlaut der Europäischen Grundrechtecharta verankert. Doch bleibt die Frage, ob sich ausgehend von diesen Grundwerten auch eine sozialdemokratische Politik für Europa ableiten lässt. So verstehen wir etwas anderes unter dem Begriff der Freiheit als ein Liberaler. Somit sind die Begriffe in der Europäischen Grundrechtecharta Schall und Rauch, wenn das Handeln nach diesen Grundwerten etwas anderes bewirkt, als wir Sozialdemokraten es uns vorstellen.

Eine konkrete Vorstellung von der Zukunft Europas ist nicht nur in der SPD durch Ideenlosigkeit geprägt. Lösungen und Strategien über und in der EU müssen von der aktuellen Situation ausgehen, in der die Zukunft der Verfassung ungewiss ist und es für progressive Ansätze kaum wirksame Verfahren gibt, es eine tiefe Spaltung in einigen Bereichen der Außenpolitik gibt und die Vorstellungen von der Zukunft Europas wenn überhaupt vorhanden weit auseinander gehen. Die Mitgliedstaaten sind nicht bereit, ergänzende Kompetenzen in sozial relevanten Bereichen an die EU abzugeben, machen sie aber für negative Entwicklungen verantwortlich und beschwören sie gleichzeitig als Antwort auf die Fragen bei denen nationale Strategien fehlgeschlagen sind. Dies sind nicht die Ansätze von uns für eine Debatte um die Zukunft Europas.

Wir setzen uns für ein soziales Europa ein. Dafür muss die EU zu einer Gestaltungsebene mit Mindestkorridoren gewandelt werden, in der die soziale Dimension das Hauptziel ist. Dabei kann es aber nicht darum gehen, einfach immer weitere Kompetenzen an die EU abzugeben, sondern es gilt bei den verschiedenen Bereichen einzeln abzuwägen, auf welcher Ebene soziale Politik besser durchgesetzt werden kann. Um die europäische Ebene dafür zu stärken ist es unerlässlich den Einfluss demokratischer Entscheidungsebenen zu stärken. Europa muss unsere Antwort werden.

Lage der Sozialdemokratie

Die SPD hat ihr politisches Koordinatensystem verloren. Während früher der Nationalstaat den Rahmen für politisches Handeln bildete, formuliert das Zusammenwachsen der Welt
5 fundamental neue Herausforderungen für eine moderne sozialstaatliche, ökologische und ökonomische Politik. Es ist der SPD bisher nicht gelungen, programmatisch zu klären, wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in Europa und auf globaler Ebene zu sichern sind. Stattdessen bemüht sich die Partei um eine passive Akzeptanz bestehender Strukturen, die im besten Falle in vermeintlich „sozialeren“ Varianten neoliberaler Politik, im schlechtesten Falle im
10 Rückzug in die trügerische Wärme des alten nationalstaatlichen Wohlfahrtsstaates mündet. In diesem Zustand ist die SPD dabei, den Kern ihrer Daseinsberechtigung, nämlich den aktiven Gestaltungsauftrag für eine andere, eine bessere Welt für den Großteil aller Menschen, zu verlieren.

15 Die SPD hat in den letzten Jahren zu viele Felder dieser aktiven Gestaltung aufgegeben. Auf dem Feld der Verteilungspolitik befindet sie sich auf ständigem Rückzug. Auf dem Feld der Außenpolitik wird sozialdemokratische Friedenspolitik mehr und mehr zu einer deutschen Interessenspolitik. Die Durchsetzung der Gleichstellung der Frau steht hinter der Familienpolitik zurück. Die Wirtschaftspolitik ist keine soziale Regulationspolitik mehr, sondern zu einer
20 Unternehmensförderpolitik verkommen. Und in der Sozialpolitik setzt sich zunehmend eine Logik der Armenfürsorge gegenüber einem umfassenden Teilhabeansatz durch. Auf allen diesen Feldern muss die SPD andere, ja neue Antworten finden. Sie sollte sie mutig angehen, und diese Reformfelder nicht anderen politischen und parteilichen Kräften überlassen!

25 Wir befinden uns mitten in der Dialogphase zum neuen Grundsatzprogramm, das im Oktober auf dem Hamburger Parteitag verabschiedet werden soll. Wir Jusos im Bezirk Braunschweig haben uns intensiv in die Debatte eingebracht und unsere Positionen und Forderungen eingebracht. Überall wurde Unzufriedenheit und unterschiedlichste Kritik am Bremer Entwurf deutlich, er wird dem Anspruch, den seine Verfasser formuliert haben in keiner Weise gerecht.
30 Der Entwurf ist visionslos, deutet unsere Grundwerte um, beschränkt die SPD als Regierungspartei, isoliert die Partei und bietet kaum Antworten auf die Fragen unserer Zeit.

Eine fortschrittliche linke Reformpolitik wird ohne Partner nicht durchzusetzen sein. Die SPD braucht Partner, parlamentarisch wie außerparlamentarisch, die unsere Vorstellungen eines
35 solidarischen Gemeinwesens teilen. Die SPD hat – auch gerade durch die Politik der letzten Jahre – dramatisch an Akzeptanz bei gesellschaftlichen Bewegungen und auch den Gewerkschaften verloren. Führt sie diesen Weg weiter, wird sie ihren Anspruch, linke Volkspartei zu sein, nicht mehr rechtfertigen können.

Parlamentarisch ist die SPD derzeit strukturell nicht mehrheitsfähig. Nach wenigen Monaten haben wir den Anschluss zum alten grünen Koalitionspartner verloren. Nun soll sich auch noch vorschnell gegen die Linkspartei als möglicher Partner festgelegt werden. Diese Festlegung resultiert aus einer überholten Denkweise und ist strategisch unklug. Gleichzeitig wirft sich die SPD wahlweise an die Seite von Union und FDP, die gesellschaftspolitisch und ökonomisch in eine fundamental andere Welt, eine unsoziale Welt wollen. Wir jüngere Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten plädieren für eine strategische Öffnung von Koalitionsoptionen. Es macht mittelfristig überhaupt keinen Sinn an überlieferten Koalitionsvorstellungen festzuhalten. Wer fortschrittliche Reformen durchsetzen will, braucht einen gesellschaftlichen Block aus fortschrittlichen Kräften in Gewerkschaft und Bewegung und auch aus Bündnis 90/ Die Grünen sowie der Linkspartei. Unser Ziel ist dass wir in einen Dialog eintreten darüber, mit wem wir unsere Vorstellungen am besten umsetzen.

Die Probleme der Partei beschränken sich allerdings bei Weitem nicht nur auf eine drohende Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 2006, sie sind wesentlich schwerwiegender und betreffen die Struktur und Zustand der Partei von Grund auf. Am deutlichsten wird dies, wenn man sich Mitgliederentwicklung und die Funktionsfähigkeit der noch vorhandenen Ortsvereine ansieht. Immerhin werden diese Schwierigkeiten mittlerweile wahrgenommen. Aber wie wird darauf reagiert? Es werden Neumitgliederwerbemaßnahmen mit mäßigem Erfolg durchgeführt und Jahr für Jahr neu Vorschläge zu Reform der Partei gemacht. Bei diesen Reformvorhaben setzt sich fort, was man in den letzten Jahren Regierungspolitik gesehen hat, wie kann man sparen, sparen und nochmals sparen. Es erfolgen regelmäßig die Lippenbekenntnisse, wie wichtig doch die Jugend sei, aber die Konsequenz daraus geht in eine andere Richtung.

25 **Wir die Jusos**

Wir sind die Jusos, Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD, unser Anspruch ist mehr als bloße Nachwuchsorganisation in der Partei zu sein. Unser Ziel ist es, unsere Ideen in die Partei hinein zu tragen und in unserer Generation Mehrheiten für unsere Positionen zu finden. Nur wenn man mit uns Inhalte und Kompetenz in Verbindung bringt, können wir Einfluss nehmen und die gesellschaftliche Hegemonie des Neoliberalismus, ausgehend von unserer eigenen Partei brechen. Unsere Stärke der Entwicklung eigener Alternativkonzepte beruht auf der Überzeugung, die Wege nach einer aktuellen Analyse der Umstände auszurichten und dabei unseren Prinzipien und Grundwerten zu folgen. Deutungshoheit in den Debatten kann man aber heute nicht mehr nur durch die besseren Argumente gewinnen. Dafür müssen wir auch neu Wege finden, mit denen wir sowohl die Genossinnen und Genossen überzeugen können, als auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Wir Jusos stehen in kritischer Solidarität zur Partei. Deshalb sehen wir es als unsere Aufgabe an, alle Positionen der Partei kritisch zu hinterfragen und wir streiten uns mit der Partei, wo immer es notwendig ist.

In vielen Bereichen gibt es keine Konstanz in der Arbeit und es erfolgen ständige Generationenwechsel. Durch die große Fluktuation werden immer wieder neue Ideen und Themen in den Verband getragen. Allerdings ist es kaum noch möglich, den erreichten Diskussionsstand zu erhalten, so dass viele Diskussionen immer wieder neu geführt werden
5 müssen und bestehende Erkenntnisse drohen verloren zu gehen, mit ihnen nimmt auch ein Teil des sozialistischen Selbstverständnis ab. Jusos haben sich immer als kritischer Teil der Sozialdemokratie gesehen, die den neoliberalen Sachzwangargumentationen nicht folgen und nach alternativen linken Konzepten suchen. Trotz des immer schneller fortschreitenden Umbruchs kann man nach wie vor ein linkes Selbstverständnis bei den Jusos feststellen, dieses
10 entspringt aber nicht aus gefestigten theoretischen Grundlagen, sondern oftmals aus dem Bauch.

Im vergangenen Jahr sind wir größer geworden! Trotzdem konzentriert sich die Arbeit des Bezirkes auf immer weniger Schultern. Im vergangenen Jahr haben wir das Angebot an
15 Veranstaltungen, Seminaren und Unternehmungen von Seiten des Bezirks enorm ausgebaut, hatten aber oft ein Problem mit der Mobilisierung, so dass teilweise auch geplante Initiativen ausfallen mussten. Dies gilt es gemeinsam mit den Unterbezirken zu ändern. Dafür wollen wir uns bei den Planungen mehr an den Ansprüchen aus den Unterbezirken konzentrieren. Außerdem bedarf es einer genaueren Bestimmung der Verantwortlichkeiten von den
20 verschiedenen Ebenen.

Das Fehlen der Funktionäre ist nicht ausschließlich dem Wandel der Verbandsstruktur zuzuschreiben, sondern gerade auch den Personalproblemen der Partei geschuldet. Immer häufiger und schneller müssen Jusos schon kurz nach ihrem Einstieg Funktionen innerhalb der
25 Partei und der Kommunalpolitik übernehmen. Wir gewinnen so immer mehr direkten Einfluss in der Partei, problematisch ist nur, dass uns noch ein Konzept fehlt, was genau wir mit diesen neuen Möglichkeiten anfangen sollen. Es hat wenig Sinn, angesichts der rasanten Veränderungen einfach fortzusetzen, was unsere Vorgänger in den Ortsvereinen und Unterbezirken getan haben. Die steigende Verantwortung innerhalb der Partei darf aber nicht
30 zu einem Verlust des Selbstverständnisses der Jusos führen. Wir werden die Partei und die Gesellschaft nur verändern können, wenn wir unsere Positionen auch konsequent als Funktionäre in der SPD vertreten. Nur wenn wir dieses erhalten, können wir heute Vorstellungen für das Morgen entwickeln. Jede Generation von Jusos hat neue Inhalte und Strategien entwickelt, die sich immer irgendwann auch in der Partei wiedergefunden haben.

35

Die Arbeit des Bezirks

Der Bezirk ist nichts anderes als die Summe seiner Untergliederungen und einzelnen Mitglieder.

40

Die wichtigsten grundsätzlichen Funktionen des Bezirkes sind:

- Raum für die programmatische Diskussion der Jusos zu schaffen
- Bildungsarbeit zu leisten
- die Jusos des Bezirks in Landes- und Bundesverband zu vertreten
- 5 – die Vernetzung der aktiven Jusos zu fördern
- die Unterbezirke bei der Verwirklichung des Arbeitsprogramms zu unterstützen!

Der Bezirk kann alleine nicht funktionieren. Arbeit ist nur möglich, wenn es regelmäßig Rückmeldung, Ansprüche und Mobilisierung aus den Unterbezirken gibt.

10

BeVo

Der Bezirksvorstand trifft sich in regelmäßigen Abständen zu öffentlichen Sitzungen. Inhalt dieser Sitzungen sind vor allem die organisatorischen Fragen zur Erfüllung unserer Vorhaben. Daneben werden die strukturellen und personellen Belange des Bezirks behandelt

15

LV/BV/SPD

Zur Vorbereitung der Landeskonferenzen, Bundeskongressen sowie Bezirksparteitagen führt der Bezirk Vorbereitungstreffen, bei Bedarf auch Wochenendveranstaltungen, durch. Auf diesen werden die inhaltlichen Anträge und Personalentscheidungen beraten und diskutiert. Wenn nötig und möglich, werden die Treffen mit anderen Bezirken, Juso- oder SPD-Gliederungen durchgeführt. Mindestens ein Bezirksvorstandsmitglied nimmt an den regelmäßig stattfindenden Umbauwochenenden des Juso-Bundesverbandes teil.

20

Bezirk und Unterbezirke

Die Aufgabe des Bezirkes ist es nicht, die Arbeit der Unterbezirke zu erledigen. Der Bezirk organisiert die Vernetzung der Unterbezirke und bietet Foren, in denen die Unterbezirke sich austauschen können. Wenn es in einzelnen Unterbezirken größere Projekte gibt, können wir bei Bedarf helfen. Des Weiteren werden die Informationen der Kampagnen des Bundes- und Landesverbandes. Der Bezirk bietet Referenten für inhaltliche Veranstaltungen an. Der Austausch zwischen Bezirk soll durch Funktionärstreffen gewährleistet werden, die alle drei Monate stattfinden werden. Der Bezirksvorstand wird ein Handbuch zur organisatorischen und inhaltlichen Grundsätzen der Jusos entwickeln.

25

30

Bundeskongress 2007

Der Bezirk Braunschweig hat den Zuschlag für die Ausrichtung des Juso Bundeskongresses 2007 in Wolfsburg bekommen. Damit haben wir eine große organisatorische Verantwortung übernommen. Wir wollen den BuKo nutzen, um uns zu präsentieren und mit Bündnispartnern zusammen arbeiten. Dafür brauchen wir auf dem Kongress jede personelle Unterstützung, die aus den Unterbezirken möglich ist. Als Gastgeber obliegt uns die Veranstaltung der

35

Kongressparty, mit den Einnahmen daraus wollen wir für Helferinnen und Helfer die traditionelle Pragfahrt sponsern.

Seminare

5 Juso-Basic-Seminar

Das Juso-Basic-Seminar soll alle Jusos mit den Grundlagen der politischen Arbeit vertraut machen. Es sollen dabei ein Verständnis für die Geschichte der Arbeiterbewegung vermittelt und politische Entscheidungsstrukturen erläutert werden. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Vermittlung des feministischen Selbstverständnisses der Jusos. Die Basic-Seminare werden
10 auf Anfrage der Unterbezirke angeboten.

Aktivenschulung

Die Funktionärsschulung richtet sich an Jusos, die sich aktiv an Juso-Gremien beteiligen wollen.

15 Die auf den verschiedenen Seminaren behandelten Gebiete bilden eine Gesamtqualifikation, die die Teilnehmer befähigen soll, politische Ämter innerhalb des Verbandes zu übernehmen und eigene Projekte zu initiieren. Auf dem Orga-Seminar sollen alternative Organisationsstrukturen betreffend der Gesprächsmethoden und der Sitzungsleitung vorgestellt werden, damit auch Frauen sich stärker bei den Jusos wiederfinden können.

20 Die Schulung besteht aus einem organisatorischen Element, welches Fragen wie Haushaltsaufstellung und -beantragung, Erstellung eigener Satzungen (ob und wie), Durchführung von Unterbezirkskonferenzen etc. behandelt. Der rhetorische Teil bereitet auf Antragsbegründungen und Redebeiträge für Juso-Konferenzen und Parteitage vor. Das dritte
25 Element beschäftigt sich mit dem politischen Mandat, Verantwortlichkeiten und Befugnissen gewählter Vertreter (z.B. im Unterbezirksvorstand) und dem Stellenwert von Konferenz- und Vorstandsbeschlüssen.

Inhaltliche Seminare

30 Des Weiteren werden Seminare mit inhaltlichen Themen angeboten, sie sollen vor allem die Positionen der Jusos in den verschiedenen politischen Fragen vermitteln. Die Durchführung und die Themen sind von den Ansprüchen aus den Unterbezirken abhängig.

Frühlingsschule

35 Auch im nächsten Jahr soll es wieder eine Frühlingsschule geben, auf der intensiv die inhaltliche Arbeit des Bezirks vorangetrieben werden soll.

Klausuren

Die Klausuren dienen in erster Linie zur Koordinierung der inhaltlichen Bezirksarbeit oder zur
40 Vorbereitung von Bundeskongressen und Landeskonferenzen. Bei Bedarf kann auch die

inhaltliche Diskussion zu einem bestimmten Thema innerhalb des Bezirks auf einer Klausur intensiviert werden. Die inhaltliche Arbeit liegt in der Verantwortung der Unterbezirke und eines jeder/n Einzelnen, die/der sich im Bezirk engagiert. Der BeVo sammelt Vorhaben zur inhaltlichen Arbeit und organisiert die Vernetzung.

5

Bezirksplena

Das Bezirkspenum ist ein Aktiventreffen aller Jusos des Bezirks Braunschweig, um die politische Diskussion zu führen. Sie werden gemeinsam vom Bezirk mit einem Unterbezirk durchgeführt. Dort sollen die eventuell nichtbehandelten Anträge der Bezirkskonferenz diskutiert werden und die UBs ihre Arbeit vorstellen. Des Weiteren soll es dazu dienen, wichtige politische Diskussionen zu führen. Sie finden auf Anfrage der Unterbezirke statt. Des Weiteren werden vom Bezirk Plena mit prominenten, interessanten und kompetenten Referenten durchgeführt, bei der Auswahl der Referenten sollen die Wünsche der Unterbezirke berücksichtigt werden.

15 Sozialismus braucht Tradition

Dies ist das Motto unserer Rundreise durch die Unterbezirke. Da auch im Bezirk Braunschweig viele Jusos SchülerInnen, Studentinnen und Studenten sind, besichtigen wir Unternehmen, damit alle von uns mal einen Einblick in die Arbeitswelt bekommen. Dabei haben wir den Schwerpunkt auf die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelegt. Wir spannen einen Bogen vom traditionellen Bergwerk, über moderne Großindustrie und Montanunternehmen bis hin zur Brauereibesichtigung.

Landtagswahl 2008

Wir Jusos werden vor Ort in den Unterbezirken entscheiden, in welchem Umfang wir uns für die lokalen Kandidaten einsetzen werden. Wir werden unsere Anforderungen in die Debatte für das Wahlprogramm der SPD einbringen. Als Bezirk werden wir dafür sorgen, dass das Angebot des Landesverbandes in den Unterbezirken genutzt werden kann. Als Bezirk werden wir keine eigene Landtagswahlkampagne starten, sondern im Rahmen der Kampagne des Landesverbandes unseren Beitrag leisten.

30

35

40

Das Elterngeld ist nicht der Weisheit letzter Schluss

5 „ Wir wollen eine kinderfreundliche Gesellschaft. Kinder brauchen Ermutigung, damit sie sich in einer schwer durchschaubaren Welt orientieren können. Sie brauchen Förderung und Anregung durch ein Bildungssystem, das ihren Neigungen und Interessen entgegenkommt. ... Wir Sozialdemokraten wollen, daß Kinder als eigenständige Rechtspersönlichkeiten beachtet und ihre Interessen und Bedürfnisse mehr als bisher bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Hierzu ist es notwendig, neben der Familienförderung eine konsequent kinderfreundliche Politik ... bezüglich eines ausreichenden Angebotes
10 von Kindergärten und Kindertagesstätten, sicherzustellen. “
(Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989)

***Wir Jusos im Unterbezirk Braunschweig fordern eine kinderfreundliche Politik, die neben der Familienförderung den Kindern ein ausreichendes Angebot von Kindergärten und
15 Kindertagesstätten sicherstellt.***

Hierzu sollen...

... die Risiken, die eine Familiengründung birgt, abgefedert werden. Uns geht es um die Kinder. Und deshalb müssen die Leistungen kinksbezogen und nicht elternbezogen gezahlt werden, um eine Ausnutzung des Elterngeldes vorzubeugen.

***...die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Elternteile jeder Einkommensklasse ermöglicht werden. Damit eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet wird, ist eine
25 Ganztagsbetreuung nach Beendigung der Elternzeit und eine Transparenz in Betreuungsangeboten unabdingbar.***

... die Familiengründungen für Akademiker wieder attraktiv gemacht werden.

30 ... die Gleichstellung von Mann und Frau auch bei der Kindererziehung gefördert werden.

... das Leistungswirrwarr entflochten werden um eine kindergerechte Politik aus einem Guss zu verwirklichen.

35 1. Die Ausgangslage: Das Elterngeld

Der Bundesfamilienministerin von der Leyen ist der Irrtum unterlaufen, dass es nach der Einführung des Elterngeldes am 01. Januar 2007 allen Familien finanziell besser gehe. Tatsächlich geht es allen Familien mit niedrigen Einkommen, die bisher Anspruch auf Erziehungsgeld hatten, finanziell schlechter. Zudem
40 gibt es nicht genügend Betreuungsmöglichkeiten, die es den Eltern ermöglichen, so schnell wie möglich ins Berufsleben wieder einzusteigen. Wir stellen fest:

1.1 Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein!

Das Elterngeld ist ein Lohnausgleich von 67% des ausfallenden Nettoeinkommens: mindestens 300€ und höchstens 1800€. Das Elterngeld wird für 12 Monate gezahlt und kann auf 14 Monate verlängert werden, wenn beide Elternteile mindestens 2 Monate für die Erziehung ihres Kindes beruflich kürzer treten, also weniger als 30 Stunden pro Woche arbeiten.

Falls beide Elternteile berufstätig sind, kann der beschäftigte Partner während der Erziehungszeit als Alleinverdiener in die günstigere Steuerklasse III eingestuft werden. Obwohl nur ein Elternteil zu dieser Zeit berufstätig ist, soll der Familie so im Idealfall sogar mehr Geld zur Verfügung stehen.

Das Elterngeld ist besonders für junge Paare ein Anreiz, sich für ein Kind zu entscheiden, da sie während des Erziehungsurlaubs nicht vollständig auf das Einkommen eines Partners verzichten müssen und anschließend ins Berufsleben zurückkehren können.

Die Kehrseite der Medaille ist allerdings eine Schlechterstellung von bis zu 340.000 sozial schwachen Familien. Während das Erziehungsgeld noch über 24 Monate nur an bedürftige Familien (besonders Geringverdiener und Arbeitslose) gezahlt wird, werden nun auch bessergestellte Familien Elterngeld erhalten.

Eine Kassiererin mit einem Minijob von 400 EUR würde so maximal 388 EUR erhalten, diese aber nur über 12 Monate statt wie bisher 300 EUR für 24 Monate. Eine Angestellte mit mindestens 2700 EUR Einkommen - die nach dem jetzigen Erziehungsgeldgesetz nicht bedürftig wäre - würde den vollen Satz von 1800 EUR Elterngeld erhalten. Dies ist eine deutliche Benachteiligung sozial schwacher Familien.

1.2 Immer noch keine Gleichberechtigung von Frau und Mann!

Generell ist die Idee des Elterngeldes, beide Partner in die Erziehung des Neugeborenen einzubeziehen, ein guter Gedanke zur Gleichstellung von Mann und Frau.

Gleichstellung bedeutet dabei aber nicht, dass die Frau ein Jahr zu Hause bleibt und der Mann höchstens die zwei "Vätermonate" - wie es die CDU nennt - in Anspruch nimmt. Mit der Aufteilung 12+2 wird das traditionelle Familienbild mit dem Vater als Ernährer und der Mutter als Erzieherin und Haushälterin verfestigt, da es in der Regel die Frauen sind die weniger verdienen und deshalb auch auf Grund der finanziellen Lage der Familie zu Hause bleiben werden.

Um dies zu ändern fordern wir statt des bisherigen 12+2-Modells ein 6+6-Modell. Nur so kann mit dem Elterngeld ein Schritt in Richtung Gleichstellung von Männern und Frauen gegangen werden. Durch diese Regelung bekommen Frauen die Möglichkeit, früher in den Beruf wiedereinzusteigen, gleichzeitig werden Ansätze geschaffen über das immer noch unsere Gesellschaft prägende patriarchalische Gesellschaftsbild nachzudenken.

Es ist nicht nur wichtig, dass Frauen durch kürzere Ausfallzeiten bessere Chancen im Beruf bekommen.

Es ist auch wichtig, dass sich nicht nur die Frauen um die Kindererziehung kümmern, sondern auch die Männer.

Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.

1.3 Elterngeld muss in neues Betreuungssystem eingegliedert werden

5 Das Elterngeld muss als Anlass genommen werden, das komplette Betreuungsangebot zu überdenken
und zu überarbeiten. Heutzutage gibt es oftmals keine Betreuungsangebote oder die Anzahl der Plätze
entspricht nicht der Nachfrage. Außerdem ist durch die mögliche Betreuung von Kindern in Kitas,
Krippen, bei Tagesmüttern, im Hort, im Kindergarten, in der Vorschule und der Grundschule ein Wirrwarr
entstanden, bei dem es schwierig ist, die Zuständigkeiten festzustellen. Es muss unser Anspruch sein
dieses Wirrwarr zu entflechten, für Transparenz zu sorgen und uns für eine Politik aus einem Guss
10 einzusetzen.

Eine kinder- und familienfreundliche Politik verdient nur dann ihren Namen, wenn das Elterngeld an die
Schaffung von Krippenplätzen gebunden ist. Gerade für Akademiker, also die Gruppe, die durch die
Einführung des Elterngelds am meisten Vorteile bekommen, ist es wichtig, die Möglichkeit zu bekommen,
15 bald wieder in den Beruf einzusteigen. Dies kann nur ermöglicht werden, wenn das Angebot der
Krippenplätze bedarfsgerecht gestaltet ist, wobei Bedarf bedeuten muss, dass jedes Kind die Möglichkeit
bekommt in die Krippe zu gehen.

2. Wir fordern!

20 Wir Jusos im Unterbezirk Braunschweig fordern ...

...die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Elternteile jeder Einkommensklasse zu ermöglichen.
Damit eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet wird, ist eine Ganztagsbetreuung nach
25 Beendigung der Elternzeit und eine Transparenz in Betreuungsangeboten unabdingbar.

... die Risiken, die eine Familiengründung birgt, abgedeckt werden müssen. Uns geht es um die Kinder.
Und deshalb müssen die Leistungen kindsbezogen und nicht elternbezogen gezahlt werden, um eine
Ausnutzung des Elterngeldes vorzubeugen.

30 ... die Familiengründungen für Akademiker wieder attraktiv zu machen.

... die Gleichstellung von Man und Frau auch bei der Kindererziehung zu fördern.

35 ... das Leistungswirrwarr zu entflechten und eine kindergerechte Politik aus einem Guss zu verwirklichen.

3. Der weg dahin: Unsere Vorstellungen

40 Uns Jusos ist klar: allein eine Reform des Elterngeldes wird die Probleme des jetzigen Elterngeldes nicht
lösen können. Vielmehr müsste darüber nachgedacht werden, Leistungen aus dem Familienministerium
mit Leistungen aus dem Bildungs- und dem Arbeitsministerium zu verzahnen.

Einerseits ist über eine Verbindung aus dem jetzigen Elterngeld und Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung nachzudenken. Die Juso-Idee der Arbeitsversicherung (im Bremer Entwurf als Beschäftigungsversicherung genannt; Anm. d. R.) findet hierzu eine Lösung: Bei individuellen Arbeitszeitverkürzungen, die gesellschaftlich nützlichen Aufgaben dienen, soll es eine öffentliche Unterstützung geben. So könnte das Elterngeld in ein Teil-Arbeitslosengeld umgewandelt werden.

Andererseits muss das Betreuungsangebot stark verbessert werden, um den Eltern einen frühestmöglichen Wiedereinstieg ins Berufsleben zu ermöglichen:

- Ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Betreuungsangebot ist sicherzustellen, damit alle Eltern das Betreuungsangebot wahrnehmen können.
- Ein kostenloses Betreuungsangebot ab der Geburt ist sicherzustellen. Doch auch die Qualität dieser Betreuungsangebote muss stimmen. Hier ist auf eine Verbesserung der Ausbildung der Erzieherinnen hinzuwirken, die sich an den neuen Anforderungen an die Kinderbetreuung orientiert.

3.1 Elterngeld als Kindsbezogene Leistung!

Das neue Elterngeld ist bisher nur ein halbherziger Versuch, beide Elternteile an der Kindererziehung zu beteiligen. Denn für die meisten Familien lohnt es sich - wenn überhaupt - nur für einen „überschaubaren Zeitraum“ auf das *höhere* Einkommen, meist das des Mannes, zu verzichten. Dies wurde sogar in einer Broschüre der SPD zum Elterngeld festgestellt.

Damit das traditionelle Familienbild vom arbeitenden Vater und der Mutter am Herd überwunden werden kann, brauchen wir eine konsequente Umgestaltung der bestehenden Regelungen.

Kinder brauchen Nahrung, Windeln und Kleidung auch noch nach dem ersten Lebensjahr. All diese Baby- und Kinderutensilien kosten viel Geld. Darum darf die Unterstützung nach dem ersten Jahr nicht enden.

Auch vor der Geburt des Kindes fallen für Familien Kosten an. Deshalb soll der Babybedarf, der vor der Geburt gekauft wurde, aus Steuermitteln bezuschusst werden. Um einen Missbrauch dieses Zuschusses zu vermeiden, sollen Familien alle Einkaufsbelege in der Familienkasse einreichen. Eine Einkommessgrenze für diesen Zuschuss ist einzuführen. Somit kommen wirklich nur bedürftige Familien in den Genuss dieses Zuschusses.

3.1.1 Das Ziel: Dort wollen wir hin

Eine zukünftige Arbeitszeitpolitik muss den Bedürfnissen der Beschäftigten nach mehr Zeitautonomie und Qualifizierungschancen sowie nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf entsprechen. Wir fordern, dass die Arbeitszeit den Lebensphasen entsprechend angepasst werden kann.

Gerade dies führt zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir fordern Arbeitszeitmodelle, die es Müttern und Vätern gleichermaßen ermöglichen, ihre Erziehungspflichten wahrzunehmen. Bei individuellen Arbeitszeitverkürzungen, die gesellschaftlich nützlichen Aufgaben dienen, ist über die öffentliche Unterstützung nachzudenken. Ein wesentliches Instrument solch einer aktivierenden Politik ist

es, die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung auszubauen. So könnte das Elterngeld in ein Arbeitslosengeld umgewandelt werden. Dieses soll maximal ein Jahr pro Elternteil in Höhe von Arbeitslosengeld I ausbezahlt werden – bei Alleinerziehenden maximal zwei Jahre. Über einen pauschalen Risikoausgleich zur Finanzierung von Kinderbetreuung bis zum dritten Lebensjahr – also dem Eintritt des Kindes in den Kindergarten - ist nachzudenken.

Damit Eltern schnell wieder in ihren Beruf zurückkehren können, müssen die Betreuungsangebote stark verbessert werden. Es muss ein Ziel sozialdemokratischer Politik sein, ein Betreuungsangebot ab der Geburt des Kindes anzubieten – und dies kostenlos!

10

3.1.2 Die Zwischenlösung: Der Übergang dahin...

Bis zur Verwirklichung unserer Vorstellungen müssen Lösungen gefunden werden, die Defizite und Ungerechtigkeiten der bisherigen Kinder- und Familienpolitik zu überbrücken.

15 Eine paritätische Aufteilung der Elternzeit auf beide Partner muss in jedem Fall belohnt werden. Deshalb muss die Zahlung des Elterngeldes als Lohnersatzleistung für ein Elternteil auf 6 Monate begrenzt werden, weitere 6 Monate sollen nur dem anderen Elternteil bei Inanspruchnahme der Elternzeit gewährt werden.

20 Alleinerziehende bekommen für den vollen Zeitraum von 12 Monaten Elterngeld. Nicht Erwerbstätige, Studenten und Schüler erhalten wie bisher einen Betrag von 300 EUR über 12 Monate. Dieser Betrag von 300 EUR wird ebenfalls als Risikoausgleich gezahlt, sollte ein Elternteil über die ersten 6 Monate hinaus Elternzeit beanspruchen.

25 Wir wollen, dass Eltern wieder in ihren Beruf zurückkehren können. Dazu müssen sie in vielen Fällen jedoch hohe Beiträge für Krippenplätze aufbringen. Krippen ermöglichen Kindern schon früh das Zusammenleben mit anderen Kindern, die sozialen Kompetenzen, die sie hier erlangen, werden ihnen für das Leben hilfreich sein.

Mittelfristig sollen Krippenplatzbeiträge gestaffelt nach Elterneinkommen angeboten werden. Für Erwerbslose und Risikogruppen (z. B. Schülerinnen und Studentinnen mit Kind) sollen Krippenplatzbeiträge kostenfrei bleiben. Dabei soll jede Familie bei Inanspruchnahme von Krippenplätzen 300 EUR Zuschuss aus Steuermitteln erhalten. Durch dieses kombinierte System würde für Familien mit niedrigen Einkommen nach Abzug der Krippenbeiträge sogar Geld für die Versorgung der Kinder über bleiben.

35

Bei nicht Inanspruchnahme von Krippenplätzen erhält die Familie kein Geld. Somit lehnen wir eine sogenannte „Herdprämie“, wie sie die CDU/CSU für Familien fordert, die Ihr Kind zu Hause lassen, ab.

3.2 Bessere Betreuung ab der Geburt

40 Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, so muss ein Betreuungsangebot ab der Geburt – und das flächendeckend – angeboten werden. Bisher gibt es ein Wirrwarr aus Betreuungsangeboten, bei dem selbst Experten den Überblick verlieren:

Die Kita: Die Kindertagesstätte ist ein Betreuungsangebot, das ab der Geburt des Kindes von den Eltern wahrgenommen werden kann. Es wird ganztägig angeboten, wobei eine Mindestbetreuungszeit von vier Stunden täglich gewährleistet wird. Dieses Angebot kann von Kindern bis zum 16. Lebensjahr wahrgenommen werden.

Die Krippe: Die Krippe ist ein Teil der Kindertagesstätte. Bis zum dritten Lebensjahr können Kinder in die Krippe gehen.

Die Tagesmutter: Möchten Eltern nicht, dass Ihre Kinder von der öffentlichen Hand betreut werden, so können sie das Angebot einer Tagesmutter wahrnehmen. Tagesmütter sind speziell für die Betreuung von Kindern bis zum dritten Lebensjahr ausgebildet. Gegebenenfalls ist auch eine Kinderbetreuung bis zum 16. Lebensjahr möglich.

Der Hort: Der Hort ist ein Ort, bei dem die Kinder nach der Kita, dem Kindergarten und der Schule bis zum Abend betreut werden.

Der Kindergarten: Kinder können im Alter von drei bis sechs Kindergärten besuchen. Es gibt öffentliche, gemeinnützige und kirchliche Kindergärten.

Die Vorschule: die Vorschule ist eine Sonderform des Kindergartens, bei dem Kinder ab dem 5. Lebensjahr betreut werden, sofern sie Förderbedarf vor dem Eintritt in den Kindergarten haben.

Die Grundschule: Ab dem 6. Lebensjahr gilt Schulpflicht.

Diese verschiedenen Formen der Kinderbetreuung verdeutlichen, dass das Betreuungsangebot vereinfacht und transparent gemacht werden muss. Deshalb ist die Kinderbildung, -betreuung und -erziehung folgendermaßen zu vereinfachen und zu verbessern.

Ganztagskrippenangebot im U3-Bereich

Unter Zuständigkeit der Kommunen gilt es, ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagskrippenplätzen anzubieten. Jedes Kind soll einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz erhalten. Der Ganztagsbetrieb ermöglicht es, Personal aus ehemaligen Horten, Krippen und Kitas in der Ganztagskrippe zu bündeln.

Hier begrüßen wir die Entscheidung des SPD-Parteivorstandes bei der Klausurtagung am 7. Januar 2007, dass die kostenlose Betreuung in Kindertagesstätten so zu ergänzen ist, dass sichergestellt wird, dass den Kommunen keine weiteren Kosten bei der Umsetzung des Beschlusses entstehen.

Ergänzend ist im U3-Bereich das Angebot der Firmenkrippe und der Tagesmutter möglich. Hier könnte über steuerliche Begünstigungen oder Zuschüsse für familienfreundliche Unternehmen nachgedacht werden.

Ganztagskindergarten zwischen 3 und 6

Ein kostenloses Kindergartenangebot im Alter von drei bis sechs ist eine Juso-Forderung, die nach langer Diskussion auch in der SPD Konsens findet. Die Weiterentwicklung dieser Idee wäre ein Ganztagskindergartenangebot. Hier können durch einen Zusammenschluss von Kitas und Horten ab dem 3. Lebensjahr Kosten gespart und Personal gebündelt bzw. gezielter eingesetzt werden. Das Kindergartenangebot muss natürlich von Landes- und Bundesebene finanziert werden.

Der gemeinsame Vormittag ab dem 3. Lebensjahr wäre für alle Kinder Pflicht – mit gemeinsamen Frühstück und Mittagessen. Nach dem Mittagessen würde ein freiwilliges Nachmittagsangebot gelten.

Ganztagsgrundschule ab dem 6. Lebensjahr

Jede Grundschule muss Ganztagsgrundschule werden. Auf dieses Ziel müssen wir Jusos die SPD immer wieder drängen. Ein gemeinsames Mittagessen ist natürlich obligatorisch. Hier würde ein
5 Zusammenschluss von Grundschulen und Horten Kosten sparen und Personal bündeln. Es können den Kindern durch den Ganztagsbetrieb auch bessere Angebote gemacht werden. Kooperationen mit Sportvereinen oder ein Patensystem mit Kultureinrichtungen ist möglich. Die Landes- und Bundesebenen sind natürlich auch hier gefordert, die Kosten zu übernehmen.

10 **Qualität der Erziehung**

Eltern müssen aber ihre Kinder in guten Händen wissen. Deshalb muss auch die Qualität dieser
Betreuungsangebote stimmen. Hier ist auf eine Verbesserung der Ausbildung der Erzieherinnen
hinzuwirken, die sich an die neuen Anforderungen an die Kinderbildung , -betreuung und -erziehung
orientiert.

15

20

F 2	Antragsteller: Peine
------------	-----------------------------

25 **Familie anstatt Ehe unterstützen!**

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Abschaffung des Ehegattensplittings und die
Einführung eines Realsplitting einzusetzen.

30

35

Gleichstellung ist mehr als die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

5

Wir, die Jusos im Bezirk Braunschweig fordern ein neues Gleichstellungskapitel für das neue Grundsatzprogramm der SPD. Wir setzen uns für folgenden Wortlaut ein:

10 Die Gleichstellung der Geschlechter

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erstreben eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleich, frei und solidarisch miteinander leben. Die SPD war und ist von den Vorstellungen und Überzeugungen der Frauenbewegung geprägt. Seit dem 19. Jahrhundert wurden gleiche Rechte für Frauen auch und besonders von Sozialdemokratinnen erstritten. Erfolge der Bewegung sind das
15 Frauenwahlrecht, gleiche Rechte in Ehe und Familie, gleicher Zugang zu Bildungseinrichtungen und eine freiere Entscheidung über den Wunsch, Kinder zu gebären.

Vieles hat sich im letzten Jahrhundert verändert, vieles haben wir erreicht. Doch gleiche Rechte zu haben, bedeutet nicht, auch tatsächlich gleichgestellt zu sein. Die Lebenswirklichkeit sieht anders aus:
20 Noch immer ist Frauen der Weg in führende Positionen in Wirtschaft, Forschung und Lehre, Politik und Kirche nahezu verbaut. Frauen erhalten auf allen Ebenen weniger Lohn als gleichqualifizierte Männer. Die Verantwortung und Konsequenzen der Entscheidung für Familie und Kinder werden immer noch von Frauen getragen und ihnen durch die Gesellschaft als scheinbar naturgegeben zugeschrieben. Frauen werden in Beruf und Gesellschaft nur subtiler, nicht aber weniger diskriminiert.

25 Wer behauptet, die Gleichstellung sei am Ziel, leugnet die wahren Verhältnisse und unterstellt benachteiligten Frauen individuelles Versagen. Die zentralen Positionen von gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Macht werden ganz überwiegend von Männern besetzt. An die beruflichen Leistungen der Geschlechter werden unterschiedliche Maßstäbe gelegt, um Erfolg zu messen. Und noch immer sind als
30 männlich bewertete Strategien und Verhaltensweisen nötig, um in der Gesellschaft, am Arbeitsplatz, im freiwilligen Engagement in Funktionen zu gelangen, aus denen heraus Einflussnahme und Gestaltung möglich ist. Auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts leben wir noch in einer männlich strukturierten Gesellschaft.

35 Wir wollen eine Gesellschaft, in der nicht ein scheinbar männliches Prinzip das leitende ist. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Frauen nicht nur gleiche Rechte, sondern auch tatsächlich gleiche Chancen haben. Und wir wollen eine Gesellschaft, in der starre Rollenbilder ausgedient haben und jede und jeder seinen Lebensentwurf frei gestalten kann.

Auch im 21. Jahrhundert sind Frauen noch in großer Zahl wirtschaftlich abhängig von einem männlichen Familienernährer. Unser Verständnis von Freiheit widerspricht diesen Verhältnissen, denn selbstbestimmtes Leben braucht eine eigene Grundlage der menschenwürdigen Lebenssicherung. Deshalb muss gleiche und gleichwertige Arbeit von Frauen auch gleich bezahlt werden. Vor allem Frauen
5 üben Beschäftigung in Teilzeit, ohne Sozialversicherungspflicht oder in befristeten Arbeitsverhältnissen aus, vielfach mit Löhnen, zu denen Existenzsicherung nicht möglich ist. Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn, weil vor allem Frauen arm trotz Arbeit sind. Und wir wollen staatliche Maßnahmen, die eine angemessene Beteiligung von Frauen an Führungspositionen gewährleisten.

10 Wenn Frauen und Männer gleich, frei und solidarisch miteinander leben, ist jede ge- wählte Form von Lebensgemeinschaft Ausdruck eines selbstbestimmten Lebens. Dazu gehört auch die freie Entscheidung, Kinder zu bekommen oder ohne Kinder zu leben. Kein Lebensentwurf darf deshalb einseitig bevorzugt werden. Wir wollen eine Gesellschaft, in der individuelle Lebensentwürfe gleich
15 Single, in Ehe oder gemeinsam unverheiratet - diese Entscheidung ist individuell und privat. Der Staat darf in seinem Einflussbereich durch Steuer- und Sozialpolitik nur dann Unterschiede machen, wenn er dadurch Kinder fördert und nicht Lebensmodelle. Eine Privilegierung der Ehe durch das Recht lehnen wir ab. Auch sie ist Grund dafür, dass in Partnerschaften und Familien noch häufig Erwerbs- und Familienarbeit un- gleich verteilt sind.

20 Frauen und Männer wollen heute Familie und Beruf nicht nur vereinbaren, sondern beides selbstverständlich leben. Gerade Frauen erleben jedoch wesentlich häufiger, dass die Entscheidung für Kinder mit Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt einher geht: Sie haben schlechtere Einstiegs- und Aufstiegschancen und werden nach einer familienbedingten Pause bei Beförderungen und
25 Gehaltssteigerungen weniger berücksichtigt. Eine gute, ganztägige Betreuung, Bildung und Erziehung für Kinder aller Altersstufen ist Grundvoraussetzung, damit Frauen und Männer sich frei für Beruf und Familie entscheiden können. Wir wollen, dass Mütter und Väter auch in den ersten Lebensmonaten eines Kindes gleichermaßen Verantwortung übernehmen. Verantwortung für Familie und gleiche Chancen im Beruf sind dann für alle möglich, wenn Arbeitszeiten gerechter verteilt und kürzer werden.

30 Die Umgestaltung unserer Gesellschaft in eine Gesellschaft mit gleichen Chancen für Frauen und Männer erfasst alle Lebensbereiche von der Arbeitswelt zur Familie, von Bildung und Kultur bis zur demokratischen Teilhabe, von der Innenpolitik bis zur Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit.

35 Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.

40

Arm trotz Arbeit? Auf dem Weg zu einem gesetzlich festgeschriebenen branchenunabhängigen Mindestlohn“

5 „Arbeit ist nicht nur Existenzbedingung, sondern entscheidende Dimension menschlichen Daseins. Durch Arbeit produzieren Menschen nicht nur die Mittel und Dienste, die sie zum Leben brauchen, sondern bestimmen auch ihre Lebensumstände. Arbeit befriedigt menschliche Lebensumstände und bringt neue hervor. Arbeit und Natur sind Quellen des Reichtums.[...] Die Erwerbsarbeit hat zentrale Bedeutung für das Bewusstsein und Selbstbewusstsein der Menschen. Sie vermittelt Selbstständigkeit und soziale
10 Anerkennung, bestimmt Lebensbedingungen und Entfaltungschancen, erleichtert gesellschaftliche und politisches Engagement, sichert materielle Unabhängigkeit.[...]“ (Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989)

Die Juso-Bezirkskonferenz 2007 fordert den Bundesminister für Arbeit und Soziales Franz Müntefering auf, einen Gesetzesentwurf für die Einführung eines gesetzlich festgeschriebenen branchenunabhängigen Mindestlohnes von mindestens 7,50 EUR pro Stunde vorzubereiten.

Als ersten Schritt zur Einführung eines gesetzlich festgeschriebenen branchenunabhängigen Mindestlohnes fordern wir den Bundesminister für Arbeit und Soziales auf, das Entsendegesetz auf möglichst viele Branchen auszuweiten.

Darüber hinaus möge der Bundesminister für Arbeit und Soziales auf einen europäischen Mindestlohn hinwirken, der sich am Durchschnittseinkommen der einzelnen Mitgliederstaaten orientiert.

25

1. Präambel: Das soziale Profil der SPD stärken

Die Sozialdemokratie befindet sich in einer schweren Legitimationskrise. In keiner anderen Partei ist die Diskrepanz zwischen dem Grundsatzprogramm sowie den Wahlversprechen und der in
30 Regierungsverantwortung gemachten Politik so groß. Die SPD hat ihre zentrale Kompetenz, für sozial gerechte Politik zu stehen, und damit auch das Vertrauen vieler Wählerinnen und Wähler verloren. Dieses Betrauen kann die Sozialdemokratie nur dann zurückgewinnen, wenn sie politische Konzepte jenseits neoliberaler Politik in Regierungshandeln umsetzt. Als einen kleinen Schritt in diese Richtung sehen wir die Einführung eines branchenunabhängigen Mindestlohnes von mindestens 7,50 Euro Stunde
35 in Deutschland! Mit dieser Forderung muss sich die SPD den Forderungen von Union und FDP, die die Einrichtung eines so genannten Niedriglohnsektor fordern, konsequent entgegenstellen.

2. Analyse: The working poor: Niedriglöhne in Deutschland sind bittere Realität

Fast sieben Millionen Menschen sind in Deutschland von Niedriglöhnen betroffen. Dies bedeutet, dass 20 Prozent aller Erwerbstätigen mit Vollzeitbeschäftigung ein Einkommen beziehen, das unter 2/3 des Durchschnittslohns liegt (Bund:1.661 EUR – 19,6 % der Beschäftigten / West:1.736 EUR – 15,4 % der Beschäftigten / Ost:1.309 EUR – 36,8 % der Beschäftigten; *Quelle: OECD / Bundesministerium für Arbeit und Soziales*).

Fast drei Millionen Menschen in Deutschland verdienen Armutslöhne (Löhne unter 50% des Durchschnittslohns) mit weniger als 1200 Euro brutto, also rund 600 bis 800 Euro netto – Tendenz steigend. Dies sind sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse mit Stundenlöhnen von vier bis sechs Euro.

Gerade der Dienstleistungssektor, in dem keine oder eine geringe gewerkschaftliche Bindung existiert, ist von Niedriglöhnen gekennzeichnet. Hier besteht keine Tarifpartnerschaft mehr zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern es werden vielmehr die Arbeitnehmerinteressen gegeneinander ausgespielt: Wer nicht bereit ist, für eine geringe Entlohnung zu arbeiten, wird durch jemanden ersetzt, der den Stundenlohn akzeptiert. Damit wird die Lohnspirale nach unten geöffnet.

Frauen als besonders benachteiligter Bevölkerungsteil

Besonders Frauen sind vom Niedriglohnsektor betroffen. Der Frauenanteil bei Vollzeitbeschäftigten liegt bei 37%. Bei näherer Betrachtung erkennt man, dass diese 37% sich vor allem auf den Niedriglohnsektor verteilen. 57% aller Beschäftigten im Niedriglohnsektor sind Frauen und der Frauenanteil bei den Geringbeschäftigten beträgt 70%. (*Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales*)

Eine populäre Erzählung ...

Beschäftigte mit Niedriglöhnen gelten als schlecht qualifiziert. Das ist ein Irrtum. Zwei Drittel haben eine abgeschlossene Berufsausbildung. Nur ein Viertel übt tatsächlich eine einfache Tätigkeit aus. Aufgrund der Massenarbeitslosigkeit und des zunehmenden Drucks sind immer mehr gut ausgebildete Erwerbslose bereit, jede Form der Erwerbs“arbeit“ anzunehmen. Viele Neueingestellte sind eigentlich überqualifiziert. Gering Qualifizierte haben so immer schlechtere Chancen, eine Beschäftigung zu finden.

Dies zeigt, dass wir keinen Niedriglohnsektor brauchen - wie er aus anderen politischen Lagern immer wieder gefordert wird - wir haben ihn bereits! Mit einer Vergrößerung des Niedriglohnsektors wird deshalb den schlecht qualifizierten Langzeitarbeitslosen wenig geholfen.

3. Kombilöhne: Instrumentarium neoliberaler Politik

Der Vorschlag der Union zur Schaffung eines flächendeckenden Kombilohns ist ein Irrweg. Alle bisherigen Erfahrungen mit Kombilöhnen – national und international - sind negativ. Kombilöhne schaffen kaum Beschäftigung. Sie produzieren aber umso mehr Mitnahmeeffekte durch die Unternehmen.

Kombilöhne belasten die Staatskasse mit hohen staatlichen Lohnzuschüssen. Denn es müssen Milliarden-Kosten aufgebracht werden, um sieben Millionen Menschen zu subventionieren, denen trotz Vollzeitbeschäftigung nicht eine eigenständige Existenzsicherung gewährleistet wird.

Derartige Niedriglöhne schaffen menschenunwürdige Arbeit und würgen die Konjunktur ab. Die Union will offenbar Lohnsenkungen flächendeckend staatlich subventionieren. Löhne bis 500 Euro je Monat sollen vom Staat bezuschusst werden. Ihr Ziel ist nicht mehr Beschäftigung, sondern die Erhöhung des Drucks auf Arbeitnehmer und die Schaffung einer billigen Arbeitskräftereserve für die Lohnsenkungseuphorie der Unternehmen. Ein Lohndumping nach unten wird verschärft.

4. Der Ausweg: Mindestlöhne

Ziel einer sozialdemokratischen Arbeitsmarktpolitik muss eine Garantie sein, dass es für Arbeit ein Einkommen oberhalb des Existenzminimums gibt. An diesem Ziel müssen sich die vorgeschlagenen Instrumente messen lassen.

Mit Blick auf die wachsende Freizügigkeit auf dem Europäischen Arbeitsmarkt, gilt es zu handeln. Die EU-Dienstleistungsrichtlinie, die Deutschland besonders negativ betroffen hätte, zeigt, wie wichtig es ist, Maßnahmen nach dem Auslaufen der Übergangsbestimmungen weiterführende Maßnahmen zur Vermeidung von Niedriglöhnen und Lohndumping zu finden, damit Menschen trotz Vollzeitbeschäftigung eine eigenständige Existenzsicherung gewährleistet wird.

Aus diesem Grund sollte die Ausweitung des Entsendegesetzes als erster Schritt zum gesetzlichen Mindestlohn verstanden werden. Darüber hinaus wollen wir perspektivisch auf einen europäischen Mindestlohn hinarbeiten. Denn nur so kann gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort gesichert werden.

5. Auf dem Weg zu einem gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland

1. Schritt: Ausweitung des Entsendegesetzes

Der erste Schritt muss die Ausweitung des Entsendegesetzes sein. Das Entsendegesetz legt fest, dass Tarifverträge eingehalten werden und entsprechend Löhne nach Tarif bezahlt werden. Ohne einen Tarifvertrag kann das Entsendegesetz aber nicht greifen. Nicht in allen Branchen werden Tarifverträge abgeschlossen, die bundesweit gelten. Gerade in Branchen, in denen ohnehin geringe Verdienste zu erwarten sind, so beispielsweise in der Landwirtschaft oder im Hotel- und Gaststättengewerbe.

Ein Entsendegesetz kann daher nur Sinn machen, wenn die großen Lücken im Tarifgefüge gestopft werden.

Kompliziert sind aber auch Branchen in denen mehrere Tarifverträge gelten. Hier besteht die reale Gefahr, dass durch Billigtarifverträge die Tarifstandards nach unten nivelliert werden. Diese und die stark regionalisierten Tarife müssen vereinheitlicht werden.

Doch auch Tariflöhne garantieren von alleine keine Garantie für Löhne oberhalb der Armutsgrenze. Hier bietet das Entsendegesetz keine Lösung für Branchen, in denen tariflich abgeschlossene Löhne mit Beträgen zwischen drei und sechs Euro pro Stunde deutlich unterhalb der Armutsschwelle liegen. Wenn

das Entsendegesetz auch in diesen Bereichen Anwendung findet, werden Armutslöhne und geringe Verdienste festgeschrieben und nicht beseitigt.

2. Schritt: Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes

- 5 Bereits in der Europäischen Sozialcharta von 1961 wurde festgelegt, dass Löhne unter 60 Prozent des nationalen Netto-Durchschnittslohns nicht angemessen sind. Um dieser Ungerechtigkeit zu entgehen, haben viele Europäische Länder einen gesetzlichen Mindestlohn eingeführt.

Vom Ausland lernen: Europa macht es uns vor

- 10 18 der 25 EU-Länder haben einen gesetzlichen Mindestlohn. Dabei haben neun der 15 alten EU-Mitgliedsstaaten einen gesetzlichen Mindestlohn. In Frankreich liegt er bei 1.286 Euro, in den Niederlanden bei 1.265 Euro und in Großbritannien bei 1.083 Euro monatlich. Von den zehn neuen EU-Mitglieder haben neun einen gesetzlichen Mindestlohn.

- 15 Neben Deutschland existiert auch in Schweden, Dänemark, Finnland, Österreich und Italien kein gesetzlicher Mindestlohn. Dies hat jedoch Gründe:

- In den skandinavischen Staaten herrscht ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad von deutlich über 80 %
- 20 • In Österreich herrscht eine Tarifbindung von 98% durch die Pflicht der Arbeitgeber, der Wirtschaftskammer beizutreten
- In Italien sind 90% der tariflichen Löhne in der Verfassung verbindlich festgelegt

- 25 Nur in Deutschland existieren keine solche Instrumente, um deutsche Arbeitnehmer von Niedriglöhnen zu schützen. Schlimmer noch: wir verzeichnen seit Jahren einen deutlichen Rückgang der gesetzlichen Tarifbindung. Zudem schafft der geringe gewerkschaftlicher Organisationsgrad von unter 60 Prozent (West: 68%, Ost: 53%; *Quelle DGB*) in den Betrieben es nicht mehr, der Arbeitsplatzverlagerungs- und Lohnsenkungseuphorie der Unternehmen entgegen zu wirken.

- 30 **Deshalb fordern wir die Einführung eines gesetzlich festgeschriebenen branchenunabhängigen Mindestlohnes von 8 Euro pro Stunde.**

- 35 Niedrig- und Armutslöhne in Deutschland können nur durch gesetzliche Mindestlöhne verhindert werden. Gesetzliche Mindestlöhne stoppen den freien Fall der Löhne nach unten. Sie sind ein soziales Netz gegen Lohndumping und leisten einen gesamtwirtschaftlich dringend notwendigen Beitrag zur langfristigen Stärkung der Kaufkraft. Gesetzliche Mindestlöhne sind auch ein Beitrag für eine aktive Arbeitsmarktpolitik.

- 40 Gesetzliche Mindestlöhne schützen nicht nur Arbeitnehmer/innen vor Lohn- und Sozialdumping, auch ehrliche Unternehmen werden belohnt: der Mindestlohn garantiert fairen Wettbewerb, die Konkurrenz von Billiganbietern, die zu Niedrigstlöhnen arbeiten lassen, bleibt außen vor.

Eine Politik, die die Würde des Menschen im Mittelpunkt hat, und eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik sind also untrennbar miteinander verbunden. Wir fordern, einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland einzuführen. Ein gesetzlicher Mindestlohn verhindert Hungerlöhne und schützt vor einer prekären Arbeitswelt, er ist zeitgleich ein Beitrag zur Sicherung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und damit zum Aufbau von Beschäftigung in Deutschland.

Wir sprechen uns mit Nachdruck für einen branchenunabhängigen Mindestlohn aus. Ein branchenspezifischer Mindestlohn würde die Lebensverhältnisse der Menschen nicht dauerhaft verbessern, weil er die Lebenshaltungskosten unberücksichtigt lässt. Schließlich gibt es in Deutschland auch keine nach Beruf und sozialem Status gestaffelten Preise und Lebenskosten.

Wir fordern, dass der gesetzliche Mindestlohn für alle Beschäftigungsverhältnisse gilt. Dies beinhaltet auch, dass in den nicht sozialversicherungspflichtigen Bereichen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ebenfalls **mindestens 7,50 Euro** pro Stunde erhalten sollen, damit reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse nicht in Aushilfstätigkeiten umgewandelt und damit soziale Standards weiter gesenkt werden. So soll beispielsweise die als Aushilfe beschäftigte Kellnerin und der im Lager arbeitende Student ebenfalls den gesetzlichen Mindestlohn erhalten.

Angesichts der Massenarbeitslosigkeit können die sozialen Sicherungssysteme ihre nachfragestabilisierende Funktion kaum noch erfüllen. Die Folgen sind ein schwacher Konsum und eine stagnierende Binnennachfrage. Zusammen mit der schwachen Lohnentwicklung und der Strategie der Dumpinglöhne bildet dies eine makroökonomische Negativspirale erster Güte. Die Folgen sind soziale Ausgrenzung und Massenarbeitslosigkeit.

Der Niedriglohnbereich in Deutschland ist bereits massiv ausgebaut, ohne dass die Arbeitslosigkeit reduziert worden wäre. Dies alles zeigt: Deutschland braucht keine Niedriglohnstrategie, sondern eine Hochlohnstrategie. Diese muss durch eine chancengleiche und moderne Bildungs- und Innovationspolitik sowie durch die Einführung von Mindestlöhnen untermauert werden.

30

O 1

Antragsteller: Braunschweig

35

Für einen Mitgliederentscheid zum Grundsatzprogramm!

Der SPD Unterbezirk Braunschweig fordert den SPD-Bundesparteivorstand auf, nach dem Hamburger Parteitag einen Mitgliederentscheid zur Annahme des neuen Grundsatzprogramms durchzuführen.

Gründung einer neuen Arbeitsgemeinschaft: Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der SPD

5 Die Jusos im Unterbezirk Braunschweig sprechen sich für die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der SPD aus.

Durch diese neue Arbeitsgemeinschaft soll das soziale Profil der SPD entschieden gestärkt werden, da der soziale Bereich in der Politik der SPD sowohl durch rot- grün als auch durch schwarz- rot deutlich in den Hintergrund getreten ist.. Ziel der Arbeitsgemeinschaft soll sein, sich verstärkt um sozial
10 benachteiligte Menschen zu kümmern, die die Regierungspolitik der SPD nicht mehr anspricht.

Spezielle Zielgruppen der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der SPD sollen sein:

- Arbeitssuchende
- 15 • Die Bezieherinnen und Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Allgemeinen
- Sozial schwächer Gestellte und ältere Menschen
- Auszubildende
- Schülerinnen und Schüler
- 20 • Studierende, die sich die Langzeitstudiengebühren nicht leisten können
- Menschen, die im Zuge der Gesundheitsreformen 2003 und 2006 von massiver Kostenerhöhung betroffen sind
- Menschen, die im Zuge der Hartz IV- Reformen ihre Ersparnisse aufgeben mussten, um Arbeitslosengeld II zu erhalten.
- 25 • Speziell die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die seit 2003 ihr Krankengeld alleine tragen müssen

Genossinnen und Genossen, die das folgende Profil erfüllen, können in die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der SPD aufgenommen werden:

- 30 • Diejenigen, die sich zu den Grundwerten des Demokratischen Sozialismus bekennen. „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus. Sie sind unser Kriterium für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit, Maßstab für eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft und zugleich Orientierung für das Handeln der einzelnen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.“
- 35 • Diejenigen Genossinnen und Genossen, die sich dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit verantwortlich fühlen: „Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde aller Menschen. Sie verlangt gleiche Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, gleiche Chancen der politischen und sozialen Teilhabe und der sozialen Sicherung. Sie verlangt die Gleichheit von Mann und Frau. Gerechtigkeit erfordert mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht, aber auch im Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur.“
- 40 • Diejenigen Genossinnen und Genossen, die sich dem Prinzip der Solidarität verantwortlich fühlen: Solidarität als die Bereitschaft, über Rechtsverpflichtungen hinaus füreinander einzustehen, lässt sich nicht

erzwingen. Solidarität ist zugleich Waffe der Schwachen im Kampf um ihr Recht und Konsequenz, aus der Einsicht, dass der Mensch der Mitmenschen bedarf. Wir können als Freie und Gleiche nur dann menschlich miteinander leben, wenn wir füreinander einstehen und die Freiheit des anderen wollen.

- 5 • Diejenigen Genossinnen und Genossen, die die Meinung vertreten, dass nur derjenige, der sozial ausreichend abgesichert ist, überhaupt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann.
- Diejenigen Genossinnen und Genossen, die sich für eine solidarische Bürgerversicherung und ein solidarisches Gesundheitswesen jenseits der Kopfpauschale und des Gesundheitsfonds einsetzen.
- Diejenigen Genossinnen und Genossen, die sich zum Prinzip der internationalen Solidarität und Zukunftsperspektiven für die Entwicklungsländer einsetzen.
- 10 • Diejenigen Genossinnen und Genossen, die die Auffassung vertreten, dass freier Zugang zur Bildung allen Menschen gewährt sein muss, um die soziale Inklusion und soziale Teilhabe zu ermöglichen.
- Diejenigen Genossinnen und Genossen, die der Meinung sind, dass sich alle gesellschaftlichen Gruppen im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Finanzierung des Sozialstaates beteiligen müssen.
- 15 • Diejenigen Genossinnen und Genossen, die das Prinzip „Eigentum verpflichtet“ unterstützen und dem öffentlichen Eigentum Vorrang vor Privateigentum einräumen.
- Diejenigen Genossinnen und Genossen, die sich für einen aktiven Sozialstaat und soziale sowie gesellschaftliche Teilnahme einsetzen.
- Diejenigen Genossinnen und Genossen, die Tarifautonomie sowie die Paritätische Finanzierung der Lohnnebenkosten durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer erhalten möchten.
- 20 • Diejenigen Genossinnen und Genossen, die sich der Geschichte und den Traditionen der Sozialdemokratie verpflichtet fühlen und diese erhalten wollen. Wir wollen das Singen von Arbeiterlieder als Kulturgut und sozialdemokratische Tradition, keinesfalls aber als Folklore und Entertainment betrachten.
- Diejenigen Genossinnen und Genossen, die sich zum Erbe Willy Brandts bekennen: Sozialistische Internationale, Gerechtigkeit, Freiheit, Partizipation, Sozialstaat, gesellschaftliche Reformen und mehr Demokratie, Bürgerentscheide, Abrüstung, internationaler Dialog, Perspektiven für die 3. Welt; Chancen des Einzelnen in gesellschaftlicher Verantwortung
- 25 • Diejenigen Genossinnen und Genossen, die sich dem sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt verpflichtet fühlen.
- Und diejenigen Genossinnen und Genossen, die dafür plädieren, Konflikte friedlich in Form von internationalen Verhandlungen zu lösen.
- 30 • Sowie diejenigen Genossinnen und Genossen, die die Auffassung vertreten, ein auf dem Prinzip der Progressivität basierendes Steuersystem entspreche sozialdemokratischer Programmatik.

Dieses Anforderungsprofil kann im Rahmen der Neupositionierung der SPD am Markt mit einfacher Mehrheit auf der Jahreshauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der SPD geändert werden.

40

Unser Leitbild:**gerecht, sozial und nachhaltig - Die Bürgerversicherung**

5

Wir Jusos fordern nach wie vor den Systemwechsel zur solidarischen Bürgerversicherung. Wir wollen die Solidarität der gesetzlichen Krankenversicherung stärken und nicht abbauen.

Jegliche Formen der Kopfpauschale lehnen wir ausdrücklich und kompromisslos ab! Dieses Modell ist nur attraktiv für Besserverdienende, deren Abgaben an das Gesundheitssystem dadurch spürbar gesenkt werden. Für uns Jusos gilt hingegen, dass jede und jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten einen entsprechenden Beitrag zur Finanzierung des öffentlichen Gesundheitswesens zu tragen hat. Für uns gilt im besonderen Maße die Maxime, dass starke Schultern mehr tragen als schwache.

Wir stehen für den Umbau, keinesfalls aber für den Abbau von Sozialleistungen. Auch wenn die Union den Weg zur solidarischen Bürgerversicherung verhindern möchte, kann diese aus jungsozialistischer Perspektive nur Ziel sozialdemokratischer Gesundheitspolitik sein.

Unser Ziel ist eine Gesundheitsversorgung, die allen unabhängig vom Einkommen zur Verfügung stehen muss und eine dauerhafte Teilhabe am medizinischen Fortschritt und jeglicher Versorgung garantiert. Zuzahlungen der gesetzlich Versicherten über ihren gesetzlichen Beitrag hinaus lehnen wir ab.

Die Qualität der Versorgung muss für alle Bürgerinnen und Bürger im Zentrum stehen. Eine Zwei-Klassen- Medizin, die sozial benachteiligte Menschen von der medizinischen Versorgung ausschließt, lehnen wir ab. Wir wollen die präventive Behandlungen der Patientinnen und Patienten stärken.

Wir Jusos in Braunschweig sprechen uns neben dem Systemwechsel zur Bürgerversicherung auch für eine stärkere Steuerfinanzierung des deutschen Gesundheitssystems aus. Ansonsten wären weitere Leistungskürzungen, neue Beitragssteigerungen und höhere Zuzahlungen unvermeidbar. Ein Umstieg auf einen höheren Steueranteil bei gleichzeitiger Senkung der Beitragssätze könnte die gesamte Abgabenquote der deutschen Volkswirtschaft unverändert lassen.

Wir Jusos fordern, dass jeder Bürger ohne Gesundheitsprüfung von jeder Versicherung aufgenommen werden muss, um einen fairen Wettbewerb zwischen gesetzlichen und privaten Kranken zu schaffen.

35

Deswegen setzen wir Jusos in Braunschweig uns für die solidarische Bürgerversicherung ein, die alle versichert. Alle zahlen für alle mit allem: Selbstständige, Beamte und Abgeordnete sollen in die gesetzliche Krankenkasse miteinbezogen- ebenso alle Zins- und Kapitaleinkünfte. Fast alle anderen europäischen Länder haben diese Grundlagen der Bürgerversicherung in die Finanzierung der

Krankenversicherung integriert. Gleichzeitig sollen Familien, niedrige und mittlere Einkommen durch die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze entlastet werden. Familienmitglieder ohne eigenes Einkommen und Kinder werden weiterhin beitragsfrei mitversichert.

5

Unsere Anforderungen an die solidarischen Bürgerversicherung sind:

- Einkommensbezogene Beiträge: Jede/r zahlt nach seiner Leistungsfähigkeit aus den Erwerbs- und Kapitaleinkommen seine Beiträge. Lohnbezogene Beiträge werden paritätisch versichert. Ein Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge scheidet aus.
- 10 • Kontrahierungszwang: Jede Versicherung muss jeden ohne Gesundheitsprüfung aufnehmen.
- Gesetzlicher Leistungskatalog: alles medizinisch notwendige soll vollständig versichert werden. Das beinhaltet die Rücknahme aller 2003 aus dem gesetzlichen Leistungskatalog gestrichen Leistungen wie beispielsweise Krankengeld, Sehhilfen, Zahnersatz.
- Sachleistungsprinzip: Patientinnen und Patienten erhalten die Leistungen unmittelbar und müssen sie nicht im voraus bezahlen.
- 15 • Die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze

Weitere sinnvolle Reformbaustellen:

20 Neben der Einführung der Bürgerversicherung sprechen wir Braunschweiger Jusos uns für weitere Reformschritte im deutschen Gesundheitswesen aus:

- Die Einführung einer Kosten-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln und die Einführung einer Arzneimittellisten.
- 25 • Die Erleichterung von kassenartübergreifenden Fusionen, um die Zahl der gesetzlichen Krankenkassen (derzeit ca. 350) zu vermindern und die Wirtschaftlichkeit zu stärken. Langfristig setzen wir uns für die Schaffung einer gemeinsamen gesetzlichen Krankenkasse für alle Versicherten ein.
- **Die Erweiterung der Krankenhäuser zu regionalen Gesundheitszentren auch für die ambulante Versorgung**
- 30 • Die (weitere) Erleichterung der Gründung Medizinischer Versorgungszentren
- Eine bessere Vernetzung zwischen stationärer und ambulanter Versorgung durch den weiteren Ausbau der integrierten Versorgung
- Die flächendeckende Einführung der elektronischen Patientenkarte
- 35 • Die Stärkung der Allgemeinmediziner und der Hausärzte
- Die sofortige Einführung einer einheitlichen Gebührenordnung für alle Patienten
- Die Pflicht zur Offenlegung der Evaluation in den Krankenhäusern
- Die Liberalisierung der Apotheken
- 40 - Ein Verbot von jeglichen Modellen der Versteckten Bestechung der Ärzte und Apotheker durch die Pharmaindustrie

45

NEIN zu dieser „Gesundheitsreform“ 2006

5 „Gerechtigkeit gründet sich in der gleichen Würde aller Menschen. Sie verlangt gleiche Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, gleiche Chancen der politischen und sozialen Teilhabe und der sozialen Sicherung. Sie verlangt die gesellschaftliche Gleichheit von Mann und Frau.

Gerechtigkeit erfordert mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht, aber auch im Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur.

10 *Gleiche Lebensformen bedeuten nicht Gleichförmigkeit, sondern Entfaltungsraum für individuelle Neigungen und Fähigkeiten aller.*

Gerechtigkeit, das Recht auf gleiche Lebenschancen, muss mit den Mitteln staatlicher Macht angestrebt werden.“ (Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989)

15 I. „Leeres Wort des Armen Rechte, leeres Wort des Reichen Pflicht [...]“: Die „Gesundheitsreform 2003“

20 *„Wir streben eine Gesundheitssicherung an, bei der die Interessen der Versicherten Vorrang vor den Interessen der Ärzte, der Zahnärzte, der Pharmazieindustrie, der Heil- und Hilfsmittelanbieter und der Krankenhausträger haben. Die Krankenkassen müssen in den Stand gesetzt werden, die Rechte der Verbraucher gegen die Interessen der Anbieter durchzusetzen und das Interesse der Versicherten an Vorbeugung und kostengünstiger, aber wirksamen Heilverfahren stärken. [...]*

Jedem Kranken ist, unabhängig vom Einkommen, eine Behandlung zu ermöglichen, die dem Stand der medizinischen Wissenschaft entspricht.[...]

25 ***In der gesetzlichen Krankenversicherung lehnen wir eine Kostenbeteiligung der Versicherten über die Beiträge hinaus ab.“*** (Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989)

30 Im Sommer 2003 einigten sich die damalige rot-grüne Bundesregierung mit der Union auf eine „Reform“ des Gesundheitswesens, die von allen Beteiligten als Teil der „Jahrhundertreformen“ gefeiert wurde. Die verantwortliche Ministerin Ulla Schmidt sprach nach der Nacht, in der der entscheidende Durchbruch gelang, von der schönsten Nacht ihres Lebens. Die 2003 verabschiedete „Reform“ basierte auf einer einfachen Formel: Den Beitragszahlern wurde der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen drastisch gekürzt, dafür sollten die Beitragszahler durch mehr „Eigenbeteiligung“ Lebensrisiken selber absichern. Als langfristiges Ziel wurde die Senkung der Lohnnebenkosten ausgegeben. Doch ein kritischer Blick auf die 2003 geschlossenen Änderungen zeigt, dass die existierenden Ungerechtigkeiten
35 des deutschen Gesundheitssystems noch verschärft wurden.

„Reform“maßnahmen 2003 im Rückblick: keine Besserung für die Mitglieder der GKV

- 40 • Unter anderem wurde in einem zentralen Bereich der Krankenversicherung vom Prinzip der Parität abgewichen, das beinhaltet, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich die

Lohnnebenkosten teilen. Das Krankengeld wurde aus der gesetzlichen Krankenversicherung genommen und muss nun von den Arbeitnehmern alleine durch eine private Absicherung finanziert werden. Eine finanzielle Mehrbelastung ist die Folge. Vom Prinzip der Parität wurde abgewichen.

- 5
- Alle Medikamente, die nicht verschreibungspflichtig sind, wurden aus dem dem gesetzlichen Leistungskatalog gestrichen. Sie müssen seitdem von den Patienten alleine - ohne Zuschüsse der Krankenkasse - erworben werden. Gerade ältere und krankere Menschen sowie Familie haben Mehrbelastungen zu tragen.
- 10
- Alle erwachsenen Menschen, die als Beitragszahler oder über die Familienversicherung Mitglied der gesetzlichen Krankenkasse sind, müssen seit dem 01.04.2004 pro Quartal beim Arztbesuch ein Eintrittsgeld in Höhe von zehn Euro entrichten. Diese Praxisgebühr führt- wie alle Maßnahmen der „Reform“ von 2003- zu finanziellen Mehrbelastungen. In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass die Praxisgebühr die Versicherten teilweise doppelt treffen kann, weil Zahnarzt- und Notarztbesuche durch eine extra Praxisgebühr abgedeckt werden. Die Idee der
- 15
- Praxisgebühr sollte verhindern, dass Versichte nicht mehrere Allgemeinmediziner pro Quartal sowie Fachärzte ohne Überweisung ihres Hausarztes aufsuchen. Dieser prinzipiell wünschenswerte Ansatz wurde durch die Anwendung auf Allgemeinmediziner und Hausärzte aber umgekehrt, da die Versicherten durch die Praxisgebühr dazu neigen, Arztbesuche zu meiden beziehungsweise aufzuschieben. Durch die Praxisgebühr erhält das deutsche
- 20
- Gesundheitssystem einen faden Beigeschmack, weil sich einige Ärzte weigern, Menschen zu behandeln, die die Praxisgebühr nicht entrichten können. Patienten mit einer gebrochenen Hand wurden vor der Behandlung zum Geldautomaten geschickt, um das notwendige „Eintrittsgeld“ zu holen. Versichte, die einen Hörsturz erlitten hatten, wurden wegen fehlender Praxisgebühr wieder nach Hause geschickt.
- 25
- Der Anteil der Zuzahlungen auf verschreibungspflichtige Medikamente hat drastisch zugenommen, weil die Patienten seitdem mindestens zehn Prozent der Kosten selber tragen müssen. Auch diesbezüglich gilt, dass Chronischkranke, ältere sowie sozial schlechter gestellte Menschen besonders unter diesen Belastungen leiden.
- Eine generelle Zuzahlung von 10% auf alle Leistungen muss entrichtet werden. Die Begrenzung dieses Betrages auf 2 % des Einkommens ist eine willkürliche Grenze, die kaum kontrollierbar
- 30
- erscheint. Es wurde auch missachtet, dass chronisch kranke Menschen aufgrund ihrer Krankheit in der Regel ein geringeres Einkommen haben.

Die Streichung des Zahnersatzes

35 *„Es gibt Vorschläge, den Zahnersatz oder gar die Zahnbehandlung nicht mehr von den Krankenkassen zahlen zu lassen. Ich halte das nicht für richtig. [...] Ich möchte nicht, dass man den sozialen Status der Menschen wieder an ihren Zähnen erkennen kann.“ (Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag im März 2003)*

40 Dennoch wurde der Zahnersatz 2003 aus dem gesetzlichen Leistungskatalog gestrichen und muss seit Januar 2005 von den Versicherten selbst **vollständig** getragen werden. Gerade die Streichung des Zahnersatzes aus dem gesetzlichen Leistungskatalog verdeutlicht die soziale

Schiefelage der „Reform“ von 2003: Wer sich die private Versicherung für den Zahnersatz nicht leisten kann, bleibt auf der Strecke. Der soziale Status eines Menschen kann in Deutschland nun wieder an seinen Zähnen gesehen werden. Leeres Wort des Armen Rechte...

5 Die Streichung der Sehhilfen

Die Streichung der Zuschüsse für Sehhilfen aus dem gesetzlichen Leistungskatalog ab dem 18. Lebensjahr dient vollkommen der Kostenumschichtung auf die Patienten. Es ist erwiesen, dass die meisten Sehschwächen genetisch bedingt oder aber auf Altersursachen zurückzuführen sind. Die willkürliche Grenze für die ersatzlose Streichung von Sehhilfen im Alter von 18 Jahren erscheint unsinnig und benachteiligt wiederum sozial schwächer gestellte Menschen sowie Familien.

Das Privileg der Lobby im deutschen Gesundheitswesen

Privatpatienten wurden durch die Änderungen des Jahres 2003 nicht von den Gesetzgebern in die Verantwortung genommen. Die Lobby im Gesundheitssystem, die Pharmazie, Apotheker, die Kassenärztliche Vereinigung sowie die Fachärzte haben ihre privilegierte Stellung mithilfe der Union halten konnten. Maßnahmen, die den Einfluss dieser Gruppen hätten einschränken können, wurden von der Union größtenteils verhindert.

- Eine Positivliste, die verhindert, dass Medikamente unter einem anderen Namen wieder auf den Markt gebracht werden, wurde von Roland Koch unter Druck der Lobby verhindert.
- Die Macht der Kassenärztlichen Vereinigung wurde nicht beschnitten.
- Die Patientenquittung, in der der Patient die Behandlung abzeichnet, ist nicht obligatorisch, sondern nur auf Wunsch möglich.
- Die elektronische Chipkarte wurde noch nicht eingeführt.
- Privatversicherte wurden nicht an den Kosten des öffentlichen Gesundheitssystems beteiligt.
- Die Situation der Gesetzlichkrankenversicherten hat sich gegenüber den Privatpatienten nicht verbessert, sondern verschlechtert. Die Zwei-Klassen Medizin des deutschen Gesundheitssystems wurde durch die Änderungen des Jahres 2003 zementiert.
- Die Beitragsbemessungsgrenze wurde nicht abgeschafft.
- Die Macht der Fachärzte wurde nicht angetastet.
- Die Kosten für Medikamente konnten entgegen den Absichten in der Agenda 2010 nicht deutlich gesenkt werden. Die Medikamentenpreise können nicht zwischen Krankenkassen und Herstellern frei verhandelt werden; es bleibt dem Preisdiktat der Hersteller!

35 Unsere Position 2003

Wir Jusos in Braunschweig haben die „Gesundheitsreform“ 2003 vollständig abgelehnt, weil wir sie als **ungerecht, unsolidarisch** und **perspektivlos** gesehen haben. Als Momentaufnahme ohne nachhaltige Verbesserung der öffentlichen Gesundheitsversorgung erschien sie uns **nicht zukunftssträchtig**. Mit großer Sorge haben wir Jusos in Braunschweig darauf hingewiesen, dass ältere, kränkere und sozial schlechter gestellte Menschen durch diese Änderungen überproportional hart getroffen werden und Privatpatienten, Lobby sowie die Arbeitgeber aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entlassen werden. Was wird aus denjenigen, die sich eine private Versicherung des Krankengeldes und des

Zahnersatzes nicht leisten können?

Folgende Worte Gerhard Schröders in der Regierungserklärung zur Agenda 2010 vom März 2003 klingen nach der Gesundheitsreform 2003 wie blanker Hohn:

- 5 **„Für uns bleibt es beim Grundsatz: Jede und jeder erhält die notwendige medizinische Versorgung, und zwar unabhängig von Alter und Einkommen.“**

II. Die Reformnotwendigkeit des deutschen Gesundheitssystem

10 „Das Gefühl einer gemeinsamen Verantwortung im Gesundheitswesen ist nahezu verschwunden.“(Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag im März 2003)

Wir Jusos in Braunschweig weisen an dieser Stelle ausdrücklich darauf hin, dass die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in den letzten dreißig Jahren nahezu konstant geblieben sind.

15 Auch der Anteil der Gesundheitskosten am erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt ist mit etwa 10 Prozent seit drei Jahrzehnten gleich hoch. Dennoch ergeben sich Probleme aus finanzieller Sicht:

- Die Abgaben der Beitragszahler wachsen seit geraumer Zeit unproportional. Weil die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer in den letzten Jahren eher stagnieren und Sonderzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld wegfielen oder stark geschnitten wurden, die Teilbeschäftigung
20 bedeutender geworden ist, fielen die Beiträge der Versicherten geringer aus. Außerdem wurden die Beitragszahlungen des Staates für arbeitssuchende Menschen wiederholt gesenkt, um die Arbeitslosenversicherung zu entlasten. Deshalb waren Beitragssteigerungen in den letzten Jahren notwendig, um die entstandene Finanzlücke zu schließen.
- Nicht alle Bürgerinnen und Bürger sind in die GKV eingebunden. Gerade weil junge,
25 überdurchschnittlich verdienende Menschen, die seltener Leistungen beziehen, in die PKV wechseln, hat die GKV Einnahmen verloren.
- Das deutsche Gesundheitssystem ist von strukturellen Problemen geprägt, die unserer Meinung nach nur durch eine Strukturreform behoben werden können. Ein effizientes Gesundheitssystem darf präventive Behandlungen nicht weiter zurückdrängen, sondern muss Behandlungsleitlinien
30 entwickeln. Gerade aus jungsozialistischer Perspektive ergibt sich eine Beseitigung der Zwei-Klassen- Medizin.
- Außerdem soll ein fairer Wettbewerb zwischen der GKV sowie der PKV erreicht werden. Bisher waren die Mitglieder der PKV und die PKV in einer privilegierten Position, da sie sich ihre Mitglieder aussuchen konnten.
- Die Einnahmen der Gesetzlichen Krankenkassen müssen stabilisiert und konjunkturunabhängig
35 gemacht werden.
- Die Lohnnebenkosten müssen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gesenkt werden; langfristig muss das deutsche Gesundheitssystem stärker steuerfinanziert sein.
- Die wirtschaftliche und demografische Situation trägt zur weiteren Verschlechterung der
40 Einnahmenseite bei.
- Das Nebeneinander paralleler Versicherungssysteme mit unterschiedlichen Strukturen und ungleichen Wettbewerbsbedingungen ist verbunden mit dem Anreiz, Privatpatienten besser und prioritär zu behandeln.

Aber: Die durchschnittlichen Kosten der PKV pro Versicherten sind jedoch trotz der günstigeren Risikostruktur deutlich höher als in der GKV. Außerdem sind die Verwaltungskosten der privaten Krankenversicherer deutlich höher als die der GKV.

- 5 Weil bestimmte gesellschaftliche Gruppen (Selbstständige, Beamte) sowie einkommensstarke Angestellte mit guten Gesundheitsrisiken sich dem System der GKV entziehen, hat sich die Einnahmesituation der GKV weiterhin verschlechtert. In den letzten zwanzig Jahren haben im Saldo rund vier Millionen Personen die GKV Richtung PKV verlassen. Es handelt sich dabei überwiegend um gut verdienende, gesunde und freiwillig Versicherte in der GKV.
- 10 Für viele jüngere Personen mit überdurchschnittlichen Einkommen sind die Leistungen in der PKV wegen der fehlenden Umverteilung derzeit deutlich besser bei gleichzeitig niedrigeren Beiträgen. So beträgt der monatliche Beitrag für einen freiwillig Versicherten in der GKV knapp oberhalb der Beitragsbemessungsgrenzen von 3562,50 € bei einem durchschnittlichen Beitragsatz von 14,2 % rund 500 € pro Monat. Die Prämienhöhe in der PKV ist dagegen abhängig vom Alter, Geschlecht, Gesundheitszustand und Umfang der Versicherung. Für einen 15 dreißig Jährigen gesunden Mann beträgt die monatliche Prämie für eine Vollversicherung in der PKV etwa 127,91 €. Die durchschnittlichen Ausgaben für eine voll versicherte Person in der PKV betragen im Jahr 2003 sogar nur 120 € pro Monat.
- 20 Der Abgang an guten Risiken mit hohen Einkommen von der GKV in die PKV erzwang automatisch weitere Leistungskürzungen und Beitragssteigerungen in der GKV. Dadurch steigt die Zahl derjenigen, die zur PKV wechseln.
- Dieser Trend setzt sich durch die Einführung des Gesundheitsfonds und den damit verbundenen Beitragssteigerungen fort. Die unfaire Konkurrenz von PKV und GKV verhindert eine stabilere Einnahmenentwicklung der GKV.
- 25 • Die Mitglieder der PKV beteiligen sich weder am Einkommensausgleich für Personen mit geringem Einkommen noch an den Aufwendungen für versicherungsfremde Leistungen. Sie beteiligen sich außerdem nicht an dem Risikostrukturausgleich für Kassen mit vielen Schwer- und chronisch Kranken.

III. Gesundheitsreform 2006: sinnvolle Maßnahmen?

30

a): Der Gesundheitsfonds: keine Beteiligung der Privatversicherten

Der eingerichtete Gesundheitsfonds kann von uns Jusos in Braunschweig nur akzeptiert werden, wenn die Privatversicherten an ihm beteiligt sind und damit ihren Beitrag zur solidarischen Finanzierung des Gesundheitssystems leisten. Da aber die Privatversicherten nicht an diesem Gesundheitsfonds und seiner Finanzierung beteiligt sind, lehnen wir den Fond in seiner jetzigen Form ab.

35

Dabei spielt für uns Braunschweiger Jusos das Faktum, dass durch diesen Fonds die privilegierten Privatversicherten nicht zur Finanzierung der Solidargemeinschaft herangezogen werden, eine Schlüsselrolle.

40

Dabei ist uns bewusst, dass der Gesundheitsfonds nur als Übergangslösung installiert wurde, die einen Systemwechsel sowohl zur solidarischen Bürgerversicherung als auch zur Kopfpauschale der Union offen hält.

Es besteht unserer Meinung nach außerdem die Gefahr, dass sich der Gesundheitsfonds zu einem bürokratischen Monstrum entwickeln könnte, der mehr Bürokratie, den gesetzlich Versicherten aber keine weiteren Leistungen bringt.

Die Absicht, diesen Fonds erst dann zu starten, wenn alle Kassen entschuldet sind, dürfte sich als Illusion erweisen, weil die Finanzsituation aller Kassen erst überprüft werden muss.

b) Die Extraprämie: Systemwechsel in Richtung Kopfpauschale

Wir Braunschweiger Jusos lehnen die Absicht kategorisch ab, den gesetzlich Versicherten einen Sonderbeitrag abzuverlangen, sofern die Krankenkasse mit dem ihr zugewiesenen Budget aus dem Fonds nicht auskommt. Kassen, die diese kleine Kopfpauschale erheben, müssen ihre Mitglieder auf die Möglichkeit eines Kassenwechsels hinweisen.

Dieser Sonderbeitrag, auch Prämie, Zusatzbeitrag oder Bonus genannt, der bis zu 40 € monatlich betragen könnte, stellt für uns Jusos eine kleine Kopfpauschale dar. Gerade die Bezieher kleinerer Einkommen, Familien, Rentner, Kranke sowie ältere Menschen werden durch diese Extraprämie härter getroffen als gesunde und gut verdienende Versicherte. Auch unter dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit weisen wir diese kleine Kopfpauschale zurück. Gesetzliche Krankenkassen wie beispielsweise die Techniker Krankenkasse, deren Mitglieder mehrheitlich höhere Einkommen beziehen und gesund sind, können ihren Mitgliedern hingegen die kleine Kopfpauschale erlassen, sofern sie mit dem ihnen zugewiesenen Betrag auskommen.

Wir lehnen jegliche Formen von Sonderzahlungen und Kopfpauschalen für die gesetzliche Versicherten ab.

c) Der gesetzliche Leistungskatalog

Wir begrüßen, dass es keine weiteren Kürzungen des gesetzlichen Leistungskataloges geben soll.

Wir Braunschweiger Jusos stellen aber auch fest, dass der gesetzliche Leistungskatalog durch die Kürzung des Jahres 2003 zu stark zusammengestrichen wurde.

d) Der Finanzausgleich

Der Finanzausgleich, der seit Mitte der neunziger Jahre existiert, soll verhindern, dass eine Kasse benachteiligt wird, wenn sie viele kranke, ältere und schlechter verdienende Menschen aufnimmt. Die Verteilungsrolle der Gelder soll nun der Fonds übernehmen.

Die Absicht der Union, anhand einer wissenschaftlichen Untersuchung etwa 50 Krankheiten fest zulegen, für die die Kosten ausgeglichen werden sollen, lehnen wir ab.

Darunter fallen nach Absicht der Union auch alle Krankheiten, für die die Patienten nach Interpretation von CDU/CSU die Risiken trage.

Wir begrüßen die Absicht der SPD, diesen Finanzausgleich stärker anzuwenden, um möglichst viele Krankheitskosten auszugleichen und die Attraktivität der gesetzlichen Krankenkassen zu erhöhen.

Die eingebaute Länderschutzklausel begrüßen wir Jusos tendenziell. Diese Klausel wurde eingeführt, um regionale Belastungssprünge durch Einführung des Fonds zu vermeiden. Es soll sichergestellt werden, dass die Belastungen für Länder mit finanzstarken Kassen maximal um 100 Millionen Euro im Jahr steigen.

e) Der Arbeitgeberbeitrag

Wir Braunschweiger Jusos lehnen das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages strikt ab. Wir stehen zur paritätischen Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Leider konnte die paritätische Beteiligung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern nur teilweise erreicht werden, da unter anderem die
5 Streichung des Arbeitgeberbeitrages im Rahmen der 2003 beschlossenen „Reform“ nicht rückgängig gemacht wurde.

f) Arzneimittelpreise

Die eingeführte Möglichkeit, dass Kassen und Apotheken über die Höchstpreise für Medikamente
10 verhandeln können, reicht uns nicht aus. Unserer Meinung nach sollte dies nicht eine Option, sondern eine Pflicht sein!

Mit diesem Gedanken ist bereits 2003 gespielt worden; allerdings haben die Einflüsse der Lobby eine Umsetzung dieses sinnvollen Schrittes verhindert!

Außerdem missfällt uns Jusos an den Eckdaten dieser „Reform“:

- Chronisch Kranke werden nicht finanziell entlastet.
- Das Prinzip der Prävention bleibt zu stark im Hintergrund. Es ist nicht damit zu rechnen, dass die GKV ihren Mitgliedern aufgrund der durch diese „Reform“ verschlechterten Finanzsituation Präventivmaßnahmen bieten können.
- Die Absicht, die Zweitmeinung eines „fachlich besonders ausgewiesenen Arztes“ darüber einzuholen, ob ein Patient besonders teure Medikamente und/oder eine aufwendige Untersuchung benötigt. Dadurch steht nicht die Würde und Gesundheit des Menschen, sondern die finanzielle Situation im Vordergrund. Es besteht die Gefahr, nach allgemeiner Kassenlage zu entscheiden und damit Menschen die notwendige Medizin zu verweigern!
- Durch die für 2009 geplante Einführung des Gesundheitsfonds besteht für diejenigen gesetzlich Versicherten, die aufgrund ihrer finanziellen Situation einen (verhältnismäßig) geringen Beitrag zahlen, die Gefahr, dass es –neben der Erhöhung der Beiträge zum 01.01.2007- zu einer weiteren Beitragserhöhung kommt. Diejenigen, die heute hingegen einen höheren Beitrag zahlen, könnten eher entlastet werden.

IV. Unser Leitbild: gerecht, sozial und nachhaltig: Die Bürgerversicherung

„Wir wollen Fortschritt, der nicht auf Quantität, sondern auf Qualität, auf eine höhere Qualität
35 menschlichen Lebens zielt. [...] Wir brauchen einen Fortschritt, der den Frieden nach innen und außen sichert, das Leben von Mensch und Natur bewahrt, Angst überwindet und Hoffnung weckt. Wir brauchen einen Fortschritt, der unsere Gesellschaft freier, gerechter und solidarischer macht. Ohne diesen Fortschritt hätte der Rückschritt freie Bahn. [...]“ (Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989)

40 Wer gesundheitlich beeinträchtigt ist, braucht uneingeschränkte Hilfe. Deshalb gilt gerade aus jungsozialistischer Perspektive, ein Gesundheitssystem zu etablieren, dass die Behandlung und Heilung von Krankheiten im weitesten Sinne gewährleistet und darüber hinaus Prävention finanziert. Dazu gehört,

dass sämtliche medizinisch notwendigen Leistungen durch die Beiträge der Versicherten abgedeckt sind. Wir Jusos fordern nach wie vor den Systemwechsel zur solidarischen Bürgerversicherung. Wir wollen die Solidarität der gesetzlichen Krankenversicherung stärken und nicht abbauen.

5 Jegliche Formen der Kopfpauschale lehnen wir ausdrücklich und kompromisslos ab! Dieses Modell ist nur attraktiv für Besserverdienende, deren Abgaben an das Gesundheitssystem dadurch spürbar gesenkt werden. Für uns Jusos gilt hingegen, dass jede und jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten einen entsprechenden Beitrag zur Finanzierung des öffentlichen Gesundheitswesens zu tragen hat. Für uns gilt im besonderen Maße die Maxime, dass starke Schultern mehr tragen als schwache.

10 Wir stehen für den Umbau, keinesfalls aber für den Abbau von Sozialleistungen. Auch wenn die Union den Weg zur solidarischen Bürgerversicherung verhindern möchte, kann diese aus jungsozialistischer Perspektive nur Ziel sozialdemokratischer Gesundheitspolitik sein.

Unser Ziel ist eine Gesundheitsversorgung, die allen unabhängig vom Einkommen zur Verfügung stehen muss und eine dauerhafte Teilhabe am medizinischen Fortschritt und jeglicher Versorgung garantiert.
15 Zuzahlungen der gesetzlich Versicherten über ihren gesetzlichen Beitrag hinaus lehnen wir ab.

Die Qualität der Versorgung muss für alle Bürgerinnen und Bürger im Zentrum stehen. Eine Zwei-Klassen- Medizin, die sozial benachteiligte Menschen von der medizinischen Versorgung ausschließt, lehnen wir ab. Wir wollen die präventive Behandlungen der Patientinnen und Patienten stärken.

20 Wir Jusos in Braunschweig sprechen uns neben dem Systemwechsel zur Bürgerversicherung auch für eine stärkere Steuerfinanzierung des deutschen Gesundheitssystems aus. Ansonsten wären weitere Leistungskürzungen, neue Beitragssteigerungen und höhere Zuzahlungen unvermeidbar. Ein Umstieg auf einen höheren Steueranteil bei gleichzeitiger Senkung der Beitragssätze könnte die gesamte Abgabenquote der deutschen Volkswirtschaft unverändert lassen.

25 Wir Jusos fordern, dass jeder Bürger ohne Gesundheitsprüfung von jeder Versicherung aufgenommen werden muss, um einen fairen Wettbewerb zwischen gesetzlichen und privaten Kranken zu schaffen.

Deswegen setzen wir Jusos in Braunschweig uns für die solidarische Bürgerversicherung ein, die alle
30 versichert. Alle zahlen für alle mit allem: Selbstständige, Beamte und Abgeordnete sollen in die gesetzliche Krankenkasse miteinbezogen- ebenso alle Zins- und Kapitaleinkünfte. Fast alle anderen europäischen Länder haben diese Grundlagen der Bürgerversicherung in die Finanzierung der Krankenversicherung integriert. Gleichzeitig sollen Familien, niedrige und mittlere Einkommen durch die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze entlastet werden. Familienmitglieder ohne eigenes
35 Einkommen und Kinder werden weiterhin beitragsfrei mitversichert.

Unsere Anforderungen an die solidarischen Bürgerversicherung sind:

- 40 • Einkommensbezogene Beiträge: Jede/r zahlt nach seiner Leistungsfähigkeit aus den Erwerbs- und Kapitaleinkommen seine Beiträge. Lohnbezogene Beiträge werden paritätisch versichert. Ein Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge scheidet aus.
- Kontrahierungszwang: Jede Versicherung muss jeden ohne Gesundheitsprüfung aufnehmen.

- Gesetzlicher Leistungskatalog: alles medizinisch notwendige soll vollständig versichert werden. Das beinhaltet die Rücknahme aller 2003 aus dem gesetzlichen Leistungskatalog gestrichen Leistungen wie beispielsweise Krankengeld, Sehhilfen, Zahnersatz.
- Sachleistungsprinzip: Patientinnen und Patienten erhalten die Leistungen unmittelbar und müssen sie nicht im voraus bezahlen.
- Die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze

Weitere sinnvolle Reformbaustellen:

10 Neben der Einführung der Bürgerversicherung sprechen wir Braunschweiger Jusos uns für weitere Reformschritte im deutschen Gesundheitswesen aus:

- Die Einführung einer Kosten-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln und die Einführung einer Arzneimittellisten.
- Die Erleichterung von kassenartübergreifenden Fusionen, um die Zahl der gesetzlichen Krankenkassen (derzeit ca. 350) zu vermindern und die Wirtschaftlichkeit zu stärken. Langfristig setzen wir uns für die Schaffung einer gemeinsamen gesetzlichen Krankenkasse für alle Versicherten ein.
- **Die Erweiterung der Krankenhäuser zu regionalen Gesundheitszentren auch für die ambulante Versorgung**
- Die (weitere) Erleichterung der Gründung Medizinischer Versorgungszentren
- Eine bessere Vernetzung zwischen stationärer und ambulanter Versorgung durch den weiteren Ausbau der integrierten Versorgung
- Die flächendeckende Einführung der elektronischen Patientenkarte
- Die Stärkung der Allgemeinmediziner und der Hausärzte
- Die sofortige Einführung einer einheitlichen Gebührenordnung für alle Patienten
- Die Pflicht zur Offenlegung der Evaluation in den Krankenhäusern
- Die Liberalisierung der Apotheken
- Ein Verbot von jeglichen Modellen der Versteckten Bestechung der Ärzte und Apotheker durch die Pharmaindustrie

V. Fazit: eine perspektivlose „Reform“, die die Systemfrage nicht stellt

„Hoffnung entsteht nicht aus dem Verdrängen von Gefährdungen, sondern aus Aufklärung im öffentlichen Dialog. Reformpolitik setzt Hoffnung. Wo sogar das Bewahrenswerte nur durch Reform zu retten ist, wird Reformarbeit zur einzig verantwortbaren Politik.“ (Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989)

Der Abbau der Zwei- Klassen- Medizin in Deutschland wurde nicht erreicht, weil die PKV weiterhin einen größeren Leistungskatalog haben und Ärzte wie Kliniken für jede einzelne Leistung besser vergütet werden.

Die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung konnten nur durch steigende Beiträge, keinesfalls aber durch einen Systemwechsel mit Vergrößerung der finanziellen Basis erreicht werden. Die Privatversicherten sind nach wie vor nicht an der Finanzierung des Solidarsystems beteiligt, weil sie keine Beiträge in den Gesundheitsfonds einzahlen müssen.

Der nur für die GKV eingerichtete Gesundheitsfonds erscheint uns Braunschweiger Jusos deswegen sinnlos. Gleichzeitig werden zusätzliche Probleme geschaffen, weil er die GKV vor einen Umstrukturierungsprozess stellt.

- 5 Wir Jusos sehen mit Besorgnis, dass die Gesundheitsprämie den Einstieg in das System der Kopfpauschale darstellt. Da viele gesetzliche Krankenkassen mit den ihnen durch den Fond zugeteilten Mitteln nicht auskommen werden, sind sie gezwungen, einen Zusatzbeitrag in Form der kleinen Kopfpauschale zu erheben. Wenn eine gesetzliche Krankenkasse im Gegensatz zu ihrer Konkurrenz einen einkommensabhängigen Zusatzbeitrag erhebt, könnte sie ihre Gutverdiener an die Konkurrenzkasse verlieren. Damit ist der Einstieg in das System der Kopfpauschalen gemacht.
- 10

Wir Braunschweiger Jusos sehen in der Gesundheitsreform 2006 keine Vorteile für die Mitglieder der GKV. Wir können an den Eckpunkten dieser „Reform“ auch nicht erkennen, dass sich der Beitrag des Einzelnen nach seiner finanziellen Leistungsfähigkeit richtet.

- 15 Unserer Meinung nach sind die im Rahmen dieser „Reform“ geplanten Konzepte nicht fähig, die strukturellen Probleme unseres Gesundheitssystems zu lösen. Es handelt sich folglich- wie 2003- nur um eine Flickenschusterei.

- Wir Jusos haben uns im Bundestagswahlkampf 2005 intensiv für die SPD engagiert. Ein zentraler inhaltlicher Aspekt für unser Engagement stellte die Idee der solidarischen Bürgerversicherung da, die unserer Meinung nach den Umbau anstelle des Abbau des Sozialstaates voranbringt. In sozialen Fragen hat die Sozialdemokratie wegen ihrer Positionen im Gesundheitswesen das Vertrauen vieler Wählerinnen und Wähler gewonnen, das durch den Gesundheitskompromiss 2006 verspielt wird.
- 20

- Wir Braunschweiger Jusos bewerten jegliche Maßnahmen im Gesundheitswesen unter dem Gesichtspunkt der solidarischen Bürgerversicherung, die von Parteitag und Parteirat eckpunktartig umrissen worden ist. Nur wenn die im Rahmen von Reformen eingeführten Maßnahmen in Richtung solidarischer Bürgerversicherung gehen, kann die SPD das Vertrauen der Menschen in sozialdemokratische Reformpolitik, den Umbau statt Abbau, wiedergewinnen.
- 25

- 30 *Dieses ist leider bei dem Gesundheitskompromiss 2006 von Union und SPD nicht der Fall. Deswegen lehnen wir Jusos in Braunschweig die „Gesundheitsreform 2006“ mit all ihren Bausteinen vollständig ab!*

„Es ist an uns, die Dinge niemals ihrem Lauf zu lassen, sondern uns immer wieder um angemessene Lösungen zu bemühen.“

- 35 **(Willy Brandt)**

Resolution Umwelt und Energie

- 5 „[...] Die fortschreitende Zerstörung der Erdatmosphäre, die Vergiftung der Meere und eine drohende Klimakatastrophe, Waldsterben, Grundwasserbelastung, umweltbedingte Krankheiten und die hohen Aussterberaten der Tier- und Pflanzenarten sind die dramatischen Zeichen einer umfassenden Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlage. Der ökologische Umbau unserer Industriegesellschaft ist zur Frage des Überlebens geworden.“
- 10 (Berliner Grundsatzprogramm der SPD)

1. Die Ausgangslage: Energiehunger ohne Ende...

15 In Zeiten immer steigender globaler Energie-Nachfrage stellt sich verstärkt die Frage nach einer alternativen Energieversorgung zur Verbrennung fossiler Brennstoffe und zur Kernenergie. Der Einsatz konventioneller Energiegewinnungen – wie die Verbrennung fossiler Brennstoffe und die Kernenergie – hat folgenschwere Auswirkungen auf die Umwelt, wie die Klimaveränderung, der Treibhauseffekt, das Ozonloch und die Atomzwischenfälle und -katastrophen.

20 Der Energiehunger, bedingt durch den Einsatz von immer mehr Technologien in den Industriestaaten und dem Aufstiegsdrang vor allem der Mächte China und Indien, kann durch den Einsatz konventioneller Energiegewinnung nicht langfristig gedeckt werden.

25 Unsere Rohstoffe sind nur begrenzt verfügbar. Durch den stetigen Bevölkerungszuwachs weltweit, wird sich die Nachfrage nach Energie noch weiter vergrößern und den Zugriff auf unsere Energiereserven weiter verschärfen. Folglich werden die Preise für Rohstoffe und Energiereserven weiter ansteigen.

30 Die Atomenergie kann nicht die Antwort auf die Probleme der Versorgungssicherheit mit Energie und des Klimawandels sein. Genau so wie bei Gas und Erdöl sind wir auch bei der Atomenergie auf den Import von Brennstoffen angewiesen. Und diese stehen uns nicht ewig zur Verfügung. Zudem sorgen immer mehr Störfälle bei sicher geglaubten europäischen Kernkraftwerken für eine zunehmende Verunsicherung in der Gesellschaft.

35 Keine Lösung ist auch der Weiterbetrieb älterer Kernkraftwerke. Bedingt durch ihre veraltete Technik genügen sie nicht mehr heutigen Sicherheitsstandards. Der Weiterbetrieb dient nicht dem Klimaschutz – wie es uns CDU weismachen möchte - sondern zum Auffüllen der Kassen der Energieindustrie. Denn jedes abgeschriebene KKW ist bares Geld für die Energieindustrie.

Und ein riesiges Problem bleibt: weltweit gibt es noch keine Lösung für die Endlagerung von Atommüll, die für Jahrtausende sicher gelagert werden müssen. Auch die Entsorgung und die Endlagerung von Brennstoffmaterial aus der Kerntechnik ist noch längst nicht geklärt.

5

2. Lösungen sind gefragt!

Es kann nur drei Lösungen geben, um unsere Energieversorgung zukunftsfähig zu gestalten:

10 1. Es gilt, den privaten und kommerziellen Energie- und Wasserverbrauch weiter zu senken. Hier werden enorme Potenziale noch nicht genutzt. Ein Großteil der zu Hause genutzten Energie ist Wärmeenergie. Durch Sanierungen lassen sich über 50 Prozent davon einsparen. Aufklärungskampagnen zur Energie- und Wasserverbrauchsoptimierung sind ein sinnvoller Schritt, um ein ökologisches Bewusstsein in der Bevölkerung zu wecken. Ökologie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dafür sind die bestehenden Förderprogramme für private Solaranlagen und Gebäudesanierung zur Verbesserung der Energieeffizienz begrüßenswert. Es gilt weitere staatliche Unterstützung für Energie- und Ressourceneinsparungen zu mobilisieren.

20 2. Es gilt, weiter in den Markt der erneuerbaren Energien, wie Wind-, Wasser- und Solarkraft zu investieren. Die SPD hat durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz und mit dem Ausstieg aus der Atomenergie die Grundlage dazu gelegt. Nur die Nutzung erneuerbarer Energien macht ein rohstoffarmes Land wie Deutschland wirtschaftlich und politisch unabhängig und schafft es, umweltschonend Energie in größeren Mengen dauerhaft und kostengünstig zur Verfügung zu stellen. Bereits heute tragen sie etwa 12 Prozent zur Stromversorgung bei. Bereits im Jahre 2020 soll deren Anteil auf über 20 Prozent aufgebaut werden – mit steigender Tendenz.

25 3. Die Energie-Industrie muss ihren Zusagen nachkommen, in moderne Kraftwerke mit höheren Wirkungsgraden zu investieren. So lässt sich Energie Ressourcen schonender erzeugen und die Umwelt durch niedrigere CO₂-Emissionen schonen.

30 Alle drei Lösungen können dazu beitragen, den Energieverbrauch insgesamt zu senken und langfristig die Atomkraft überflüssig zu machen.

3. Ökologisch weiter- denken

35 Der Markt der erneuerbaren Energien verbindet ökonomische und ökologische Herausforderungen und wird die Zukunft der Industriestaaten mitprägen.

Wer in Energie- und Umwelttechnologien investiert, der gestaltet dauerhaft Arbeitsplätze und sichert Zukunft – ökonomisch, ökologisch und sozial. Energie- und Umwelttechnologien sind Innovationsmotoren und Impulsgeber für Wissenschaft, Wirtschaft, Forschung und Gesellschaft. Hierbei sind unter anderem folgende Schlüsselsektoren zu fördern:

40

- **Energieerzeugungs- und Kraftwerktechnologien**, um neue Formen der Energiegewinnung zu erforschen und um den CO₂-Ausstoß weiter zu senken
- **Energieeffizienztechnologien**, um Rohstoffe zu sparen
- **Recycling- und Abfallwirtschaftstechnologien**, um durch Recycling gewonnene „Sekundärrohstoffe“ zu nutzen
- **Mobilitäts- und Verkehrstechnologien**, um neue Kraftstoffe und neue Antriebe zu entwickeln
- **Wasser- und Abwassertechnologien**, um das immer knapper werdende Trinkwasser sparsamer einzusetzen

5

10

4. CDU-FDP: Politik gegen Umwelt und Natur

Nun hat auch die CDU in Niedersachsen die positiven wirtschaftlichen Auswirkungen Energie- und Umwelttechnologien erkannt und lobend begleitet. Doch anstatt die Energiekonzerne zu überzeugen, in neue Energietechnologien zu investieren, sieht sie sich als Interessensvertreter, den Einsatz konventioneller Energiegewinnungen zu nutzen – sei es die Verbrennung fossiler Rohstoffe und vor allem die Atomkraft. Worum es aber geht, hat sie nicht begriffen, nämlich die Klärung der Energiefrage der Menschheit. Das kann sie aber auch als Lobbyist der großen Energiekonzerne nicht erkennen!

15

20

Dies wäre nur halb so schlimm, wäre da nicht der Landesminister „Gegen Umwelt und Natur“ Sander von der FDP, der seinen Arbeitsauftrag nicht verstanden hat. Anstatt die Umwelt in Niedersachsen zu schützen, wird die Reihe von Untaten seiner so genannten Umweltpolitik Monat für Monat länger. Schlimmste Beispiele sind hier die Zerschlagung der gut funktionierenden Umweltverwaltung im Land und die Kürzung der Förderung für alternative Energien.

25

Und das jüngste Ereignis: Im November 2006 hatte er eigenhändig zur Motorsäge gegriffen und im geschützten Biosphärenreservat Elbtalaue eine Weide und Pappeln beschnitten. Das rechtfertigte der Minister als notwendige "Entbuschung" zum Hochwasserschutz. Die EU-Kommission leitete ein Vertragsverletzungsverfahren wegen Verstoßes gegen europäische Naturschutzvorschriften ein.

30

5. das Problem: Atomkraft und Atomendlager...

5.1 Atomkraft: Nein Danke!

Aufgabe der Jusos muss es sein, die SPD weiter zu drängen, eine umweltpolitische Führungsrolle in Deutschland einzunehmen und die ökologische Modernisierung Deutschlands fortzusetzen und zu verstärken.

35

Der 1998 eingeleitete Ausstieg aus der Atomkraft ist für uns Jusos eine unverzichtbare Voraussetzung für eine Energiewende in Deutschland. Ziel muss es sein, die Energieproduktivität Jahr für Jahr zu steigern und den Anteil der erneuerbaren Energien schrittweise weiter zu erhöhen.

40

Des Weiteren müssen wir die Auseinandersetzung mit dem nationalen Konzept der unumkehrbaren, nicht-rückholbaren Endlagerung radioaktiver Abfälle suchen. Dies könnte zu einer Atomaren Verseuchung unseres Grundwassers in unsicheren Endlagern – vor allem in unserer Region – führen.

5 **5.2 Unsichere Atommüllendlagerung – wir brauchen neue Lösungen!**

Im so genannten Forschungsbergwerk „Asse II“ werden Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Endlagerung radioaktiver und chemisch-toxischer Abfälle in Salzformationen durchgeführt. Bis 2017 soll die Schließung der Schachanlage nach Bundesberggesetz vollzogen sein. Dies reicht uns Jusos nicht, denn nach diversen Wassereinbrüchen in den trocken geglaubten Salzstollen ist die Gefahr einer radioaktiven und toxischen Verseuchung nicht ausgeschlossen. Viele Fässer sind Beschädigt oder rosten vor sich hin, so dass die Gefahr besteht, dass deren Inhalt mit dem Grundwasser in Berührung kommt. Deshalb fordern wir Jusos in Braunschweig eine Schließung des Forschungsendlagers Asse II unter Atomrecht und eine schnelle Rückholung der Abfälle.

15 Das Atom-Zwischenlager „Gorleben“ ist auf seine Daseinsberechtigung hin zu überprüfen. Es stellt durch seine oberirdische Lagerung von Castoren ein gewaltiges Risiko dar. Ein Schutz vor Flugzeug abstürzen ist nicht gegeben.

Zudem ist „Gorleben“ als geplantes Atomendlager im Gespräch. Dort sollen in den ehemaligen Salzstollen hochradioaktive Abfälle gelagert werden. Dies lehnen wir ab. Auch hier ist es mehrmals zu Wassereinbrüchen in den trocken geglaubten Salzstollen gekommen.

Gerade die Stilllegung des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) verdeutlicht die Problematik. Das ehemalige Kali- und Steinsalzbergwerk war bislang das einzige Endlager für radioaktive Abfälle, das in Deutschland nach dem Atomgesetz betrieben wurde. Ausgewählt und genehmigt von den zuständigen DDR-Behörden, ging die Zuständigkeit nach der Wiedervereinigung auf den Bund über.

25 Insgesamt wurden bis zur Beendigung des Einlagerungsbetriebs im Jahr 1998 (einschließlich des Zeitraums vor der Wiedervereinigung) rund 37.000 m³ radioaktiver Abfälle in Morsleben eingelagert. Von 1971 bis 1991 wurden dort schwach- und mittlradioaktive Abfälle gelagert, von 1994 bis 1998 22.000 m³ Atommüll.

30 Das unterirdische Lager ist jedoch unsicher: Trotz der Gefahren von Wassereinbruch oder Deckeneinstürzen wurde bis 1998 Atommüll in Morsleben eingelagert. Im Jahre 2001 stürzte ein 4000 Tonnen schwerer Salzbrocken von einer Decke. Um weitere Einstürze zu vermeiden, wurden bereits mehrere Hohlräume mit Beton verfüllt.

Die Einlagerung in Morsleben wurde 1998 beendet. Im April 2001 hat das BfS schließlich auf die Genehmigung zur Einlagerung von atomaren Abfällen unwiderruflich verzichtet.

35 Bei der Stilllegung soll das ERAM so verschlossen werden, dass Lösungszutritte in die Einlagerungsbereiche und Schadstoffaustritte aus den Grubengebäuden verhindert werden. Nach einer Umrüstphase von etwa einem Jahr könnte dann 2009 mit der endgültigen Verfüllung und Verschließung des Endlagers begonnen werden. Die Dauer dieser Maßnahmen wird auf circa 15 Jahre kalkuliert, so dass bis 2024 die Stilllegung des ERAM abgeschlossen sein könnte. Die Kosten sollen sich auf 1,5 Mrd. Euro belaufen. Eine Rückholung des Atommülls ist nicht geplant.

Des weiteren müssen wir Jusos weiter auf die SPD einwirken, die Inbetriebnahme des geplanten Atom-Endlagers „Schacht Konrad“ mit allen Mitteln zu verhindern. Dort soll im stillgelegten Eisenerz-Bergwerk im Stadtgebiet Salzgitter radioaktive Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung eingelagert werden. Rund 90 Prozent der in Deutschland anfallenden radioaktiven Abfälle gehören zu dieser
5 Kategorie.

Aus diesen Gründen fordern wir Jusos in Braunschweig die Bundesregierung auf

1. die Schließung des Forschungsendlagers Asse II unter Atomrecht und eine schnelle Rückholung der Abfälle voran zu treiben
- 10 2. eine Atommüllendlagersuche in ganz Deutschland durchzuführen. Zwischenfälle in allen niedersächsischen vorhandenen und geplanten Lager zeigen, dass diese nicht sicher sind. Hierzu sind die Kriterien für Atommüllendlager konkreter zu beschreiben.
3. das Atomrecht für alle Atommüllendlager in der Bundesrepublik Deutschland geltend zu machen.
- 15 4. dafür zu sorgen, dass Atommüll in einer Form gelagert wird, dass eine Rückholung auch zukünftig gewährleistet wird.

Hier setzen wir unsere Hoffnungen in den Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, mit dem wir Jusos gemeinsam in den Landtagswahlkampf 2003 in Niedersachsen gezogen sind, um ein „Atom-Klo Niedersachsen“ zu verhindern.
20

V 1	Antragsteller: Braunschweig
------------	------------------------------------

Die Bahn gehört uns!

25 **Wir Jusos in Braunschweig lehnen den Börsengang der Deutschen Bahn kategorisch ab. Wir fordern, dass der Bund alleiniger Eigentümer der Deutschen Bahn bleibt.**
Zudem fordern wir Jusos in Braunschweig die Bundesregierung auf, das Grundeigentum und den Besitz am Schienennetz sowie das Trassenmanagement von der Deutschen Bahn an die Bundesrepublik Deutschland zurückzuführen.

30

W 1	Antragsteller: BeVo
------------	----------------------------

50 Jahre sind mehr als genug– Wehrpflicht abschaffen

Die Frage um Beibehaltung oder Abschaffung der Wehrpflicht hat längst keinen reinen sicherheitspolitischen Charakter mehr. Viele Gründe sprechen heute für ihre Abschaffung. Die gesellschaftliche Ablehnung der Wehrpflicht hat enorm zugenommen. Auch innerhalb der SPD wächst
35 der Widerstand gegen die Zwangsdienste. Wir Jusos wollen dies endlich zum unumstößlichen Inhalt sozialdemokratischer Politik machen. Der richtige Ort dafür ist unser neues Programm.